

### Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei: T. 1

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei: T. 1*. (Berichte / BIOst, 60-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42203>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.  
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon                              0221/5747-0,                              Telefax                              0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

### Kurzfassung

.....  
4

### Einführung

.....  
8

#### 1. Traditioneller Charakter und Rekrutierung der tschechischen und slowakischen Eliten

.....  
9

#### 2. Die Dezimierung der politischen Eliten

.....  
10

#### 3. Die politische Nomenklatura-Elite der kommunistischen Ära

.....  
11

#### 4. Die neue politische Elite nach dem Systemwechsel 1989

.....  
16

##### 4.1 Die Determinanten der Werte der neuen Elite.....16

##### 4.2 Die Dissidenten-Elite.....18

##### 4.3 Die "altneue" politische Elite in der Slowakei.....25

#### 5. Die tschechisch-slowakische Krise

.....  
28

##### 5.1 Historische Quelle des tschechisch-slowakischen Konflikts.....28

##### 5.2 Die gegenwärtigen Ursachen der tschechisch-slowakischen Krise.....31

### Summary

.....  
36

9. Oktober 1995

Die Autorin ist Mitarbeiterin des von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekts "Die Überwindung des Kommunismus in der Tschechischen und der Slowakischen Republik" am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

**Eleonora Schneider**

## **Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei (Teil I)**

**Bericht des BIOst Nr. 60/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der vorliegende zweiteilige Bericht ist eine Studie über die politischen Eliten in der Tschechoslowakei, die vor allem die kommunistische Nomenklatura-Elite und die Formierung der neuen tschechischen und slowakischen Eliten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 untersucht. Die Beschaffenheit und Rekrutierung der neuen Führungsschicht, die sie prägenden historischen und neuen Faktoren, stehen in engem Zusammenhang mit den Transformationsprozessen. Die politische Elite gestaltete nicht nur Verlauf und Tempo des Übergangs, sondern auch seine Ausrichtung und beeinflusste dadurch maßgeblich den gesamten Systemumbau der Tschechoslowakei bzw. prägt gegenwärtig seine Fortentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik. In diesem Zusammenhang bietet die Untersuchung auch einen gewissen chronologischen Überblick über den Verlauf der politischen Transformation.

Da der Zerfall des tschechoslowakischen Staates von der Autorin als eine - obwohl nicht unabdingbare - Folge der gewaltigen, radikalen Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems und der gesamten Gesellschaft betrachtet wird, zu dem mehr oder weniger beide politischen Eliten beigetragen haben, wird in dieser Untersuchung auch auf die tschechisch-slowakischen Beziehungen und die Entstehung der Krise explizit eingegangen.

Die Autorin stützt sich bei ihrer Analyse auf zahlreiche tschechische und slowakische Quellen.

#### *Ergebnisse*

1. Die Dezimierung der demokratischen Eliten der ersten Tschechoslowakischen Republik während der nationalsozialistischen Okkupation und nach der kommunistischen Machtübernahme 1948, die von Emigrationswellen begleitet wurde, schwächte spürbar den Bestand der Führungsschicht. Weitere, fortwährende Instrumentalisierung der verbliebenen politischen Eliten in den ersten zwei Jahrzehnten der kommunistischen Vorherrschaft erleichterten die Etablierung und Erhaltung der kommunistischen Diktatur. Permanente Selektion in der Rekrutierung der nachfolgenden Eliten durch das diktatorische System führte dazu, daß sich die politischen Eliten in der Tschechoslowakei bis 1990 nur als kontrollierte Eliten erneuern konnten - als servile kulturelle, intellektuelle und technokratische Eliten (Management-, Armee- und Polizeiführungsspitze) gegebenenfalls als quasipolitische Elite oder Gegenelite aus Dissidentenkreisen.

2. Seit Anfang der 60er Jahre legitimierte die machtausübende Nomenklatura-Elite ihre privilegierten Spitzenpositionen nicht mehr ideologisch, sondern durch Leistungsfähigkeit im Wirtschafts, Sozial- und Konsumbereich. Sie scheute sich nicht davor, offen ihre Macht und Privilegien zu demonstrieren. Da die Legitimität der letzten tschechoslowakischen kommunistischen Führung von außen, durch die sowjetische militärische Okkupation vom August 1968, gegeben war, befand sie sich nach dem Machtantritt Gorbatschows (1985) in einer Sackgasse. Sie verweigerte ähnliche politische und wirtschaftliche Reformen, um der tiefen Krise in Wirtschaft und Umwelt entgegenzutreten, weil sie um ihre Positionen fürchten mußte. Seitdem nahm ihre Legitimationsbasis, das Prestige der einzelnen Teile des sozialistischen Systems und die Akzeptanz der Führungsrolle der kommunistischen Partei nicht nur bei den Parteilosen, sondern auch bei der Mitgliederbasis drastisch ab.
3. Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems wurde in der Tschechoslowakei im November 1989 durch die dreiwöchige gewaltfreie "samtene Revolution" der Tschechen und Slowaken eingeleitet. Die neue politische Elite rekrutierte sich aus den revolutionären Massenbewegungen, dem tschechischen "Bürgerforum" (OF) und der slowakischen "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN), in denen verschiedene Gruppierungen von intellektuellen Dissidenten den organisatorischen Kern bildeten. Deshalb wird sie als "intellektuelle Dissidenten-Elite" bezeichnet. Die Dissidenten-Elite regierte von November 1989 bis zu den zweiten freien Parlamentswahlen im Juni 1992 und leitete einen abrupten und schnellen Reformprozeß ein. In der Übergangsphase bis zu den ersten freien Wahlen im Juni 1990, in denen die Forumsbewegungen in einer Koalition die absolute Mehrheit in der Föderalversammlung gewannen, dominierte die politische Transformation gegenüber der Umsetzung der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik.
4. Die neue Führungsschicht bildete keine einheitliche Gruppe von Dissidenten, sondern war ein heterogenes Gebilde aus vier Gruppen: 1. Reformkommunisten des "Prager Frühlings", von denen die meisten an den sozialistischen Idealen festhielten; 2. viele nichtkommunistische Dissidenten; 3. jüngere Intellektuelle aus kulturellen und christlichen informellen Gruppierungen und Umweltschutzgruppen; 4. Persönlichkeiten aus dem Exil, die zurückkehrten, um am politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Reformprozeß aktiv teilzunehmen. Sie alle vertraten eine Politik der Mitte.
5. Die intellektuelle Dissidenten-Elite war im Grunde eine Gegenelite, die sich erst zu einer politischen Elite entwickeln mußte. In ihrer Regierungszeit wirkte sie deswegen als Elite der "unpolitischen Politik". Ihre Politiker bedienten sich unüblicher Arbeitsmethoden, weil sie keine Erfahrung mit politischer Arbeit hatten, was in der Konsequenz zu einer starken Personifizierung der Politik zum Nachteil der Institutionen führte. Sie brachten allerdings humanitäre, soziale, christliche, demokratische und kulturelle Werte in die Politik ein.
6. In der Slowakei verfügte die VPN nach den ersten freien Wahlen 1990 nicht allein über die notwendige Stimmenmehrheit im slowakischen Teil der Nationalversammlung, deshalb mußte der Koalitionsblock OF/VPN weitere slowakische Bündnispartner heranziehen: die schwache "Demokratische Partei" der rechten Mitte, die unauffällige "Ungarische unabhängige Initiative" und die national und teilweise antireformerisch geprägte starke "Christlich-Demokratische

Bewegung". Die neue slowakische Elite konnte sich nicht mehrheitlich aus nicht-kommunistischen Dissidenten - liberalen Kritikern des kommunistischen Systems - rekrutieren, im Unterschied zum tschechischen Landesteil. Die Zahl der Dissidenten in der Slowakei war bedeutend geringer, und so gelangten in die Kandidatenlisten der VPN vor allem viele vorher nicht aktive Reformkommunisten und auch einige ehemalige Kommunisten.

7. Die slowakischen Reformkommunisten von 1968, vor allem die Ökonomen unter ihnen, waren von der Idee der Reformierbarkeit der sozialistischen Wirtschaft und dem Glauben an einen "dritten Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus geprägt. Sie hatten keine Kenntnis von moderner Volkswirtschaft und konnten deshalb die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus und der radikalen Wirtschaftsreform nicht unterstützen. Zusammen mit den slowakischen Nationalisten und der sozial eingestellten slowakischen Opposition kritisierten sie die föderale wirtschaftliche Transformation und weckten in der Öffentlichkeit eine Illusion über Möglichkeiten spezifisch slowakischer, schmerzloser Lösungen beim Übergang zur Marktwirtschaft.
8. Der Zankapfel, um den die Zwistigkeiten zwischen Tschechen und Slowaken, die in erster Linie Konflikte zwischen ihren Eliten waren, entbrannten, war die Rechtsform der Institutionen, die ihr Zusammenleben bestimmen sollte. Die historisch begründeten Ursachen des Konflikts liegen in den großen politischen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Unterschieden zwischen beiden Völkern und im Wesen der ersten Tschechoslowakischen Republik. Später, unter der zentralistisch und direktiv aus Prag ausgeübten kommunistischen Einparteiherrschaft, konnten keine institutionellen Bedingungen für eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Tschechen und Slowaken entstehen. Die 1968 verabschiedete föderative Verfassung des Staates stand nur auf dem Papier.
9. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus standen die politisch unerfahrenen tschechischen und slowakischen Eliten plötzlich vor der Bewältigung von gleich drei gewaltigen Transformationsprozessen. Das führte dazu, daß die Führung die Kontrolle über die Folgerichtigkeit der Veränderungen und Forderungen verlor. Im Rahmen der Transformation begannen alle slowakischen Politiker, den aufoktroyierten Prager Zentralismus aufzulösen und nach einer neuen Form der staatlichen Organisation zu suchen. Die Nationalisten unter ihnen begriffen die Befreiung von der kommunistischen Diktatur jedoch als Chance zu einer völkerrechtlichen Festlegung der Unabhängigkeit.
10. Die Führungselite war auf die spezifische tschecho-slowakische Problematik nicht vorbereitet. Die prekäre Wirtschaftslage in der Slowakei, einige politische Fehler und der Machtkampf, den die slowakische Elite einerseits unter sich und andererseits gegen die tschechischen Vertreter der radikalen Reform als Stimmungsmache austrug, führten zu verschärften Kontroversen, die schließlich die tschechisch-slowakische Krise auslösten.
11. Zu keinem Zeitpunkt der sich zwischen den Repräsentanten beider Teilrepubliken schnell anbahnenden Krise gab es eine Bürgerbewegung der Tschechen oder der Slowaken mit dem Ziel, den gemeinsamen Staat aufzulösen. Im Gegenteil, im Lauf des Jahres 1991 wurde der Ruf nach einem Referendum unter den Bürgern laut, und gleichzeitig starteten sie auch eine Unterschriftenaktion "Für den gemeinsamen Staat". 80% der Bevölkerung der Tschechoslowakei

war für die Erhaltung der Republik.



## Einführung

"Damit wir verstehen können, wie ein politisches System funktioniert, müssen wir wissen, auf welche Art die am Steuer sitzenden Männer und Frauen bestimmt werden", erklärt M. Dogan den Sinn der Beschäftigung mit dem Phänomen "politische Eliten" für die Politikanalyse. In den postkommunistischen Ländern reicht es jedoch nicht aus, die Nominierung von Kandidaten politischer Parteien zu untersuchen, wie es üblicherweise in etablierten Demokratien geschieht. Um ein sich in derart umfassendem Wandel befindendes politisches System zu erfassen, wie wir es in den ehemaligen kommunistischen Ländern gegenwärtig vorfinden, erweist es sich als notwendig, weitere Kriterien hinzuzuziehen.<sup>1</sup>

Für das Verständnis dessen, warum bestimmte Reformschritte nacheinander erfolgten oder es zu Brüchen kam (im Falle der Slowakei), ist es wichtig, zu erläutern, woher die neuen politischen Akteure - die politischen Eliten - kommen, wodurch sie als Persönlichkeiten geformt wurden und wie sie sich unter den sich eröffnenden, demokratischen Bedingungen weiterentwickeln.

Im Falle der Tschechoslowakei handelt es sich um eine Epoche, in der im Laufe des Lebens einer Generation nicht nur mehrere entgegengesetzte politische Regime, sondern ganze gesellschaftliche Systeme gewechselt wurden, die einen determinierenden Einfluß auf grundlegende politische Werte- und Haltungsorientierungen ausgeübt hatten. Formative Einflüsse, die in stabilen Gesellschaften die Generationen formieren und differenzieren, wirkten hier auch intragenerativ intensiv und prägten einzelne Gruppen innerhalb der Generationen unterschiedlich. Um wichtige Charakteristika des neuen Systems und des Verlaufs des Übergangs, die bei außenstehenden Beobachtern öfters Verwunderung hervorriefen, zu verstehen, muß beschrieben werden, welche von diesen einander entgegengesetzten politischen Etappen die Persönlichkeiten der gegenwärtigen politischen Elite prägten.<sup>2</sup>

Zu gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen der ältesten in der Tschechoslowakei lebenden Generation gehörte bis vor kurzem noch die österreichisch-ungarische Monarchie. Gegenwärtig sind es die politische Demokratie und Marktwirtschaft der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei, die Krise der europäischen Demokratie, die beiden Weltkriege, das deutsche Protektorat mit seinem rechten Totalitarismus sowie der slowakische faschistische Staat und die beschränkte Demokratie der Nachkriegszeit. Mit dem Jahr 1948 begann die Epoche der kommunistischen Macht durch einen Coup, der den linken Totalitarismus unter sowjetischem Protektorat ins Land brachte. Die Generation dieser Zeitzeugen war von den Folgen einer verspäteten, aber um so härteren Stalinisierung gezeichnet, die nur 1968 durch den Versuch, die politische Demokratie mindestens teilweise zu erneuern, unterbrochen wurde. Diese kurze Freiheit des sog. Prager Frühlings mußte seit 1970 mit einem orthodoxen Normalisierungsregime bezahlt werden, dessen Kräfte bis in das

---

<sup>1</sup> Vgl. Mattei Dogan, Die ungeschriebenen Regeln bei der Auswahl von Ministern in demokratischen Regimen, in: H.D. Klingemann/ R. Stöß/B. Weßels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1992, S. 168.

<sup>2</sup> Lubomír Brokl, Politické elity, [Vorbereitungsstudie, 25 S.], Sociologický ústav AV ÈR, Prag 1993.

<sup>3</sup> Zdenka Mansfeldová, The Emerging New Czech Political Elites, Vortragsunterlagen für das 22. ECPR workshop meeting in Madrid, April 1994, 19 S.

Wendejahr 1989 hinein die Politik bestimmten.

Unter solchen ständigen Wechseln von Regimen und gesellschaftlichen Systemen konnte im Grunde keine vollständige Generation oder Generationsgruppe, die nach 1880 geboren war, politisch reifen und ihre eigentliche Sendung erfüllen, d.h., die gebündelten Werte an die nächste Generation weitergeben.

## **1. Traditioneller Charakter und Rekrutierung der tschechischen und slowakischen Eliten**

Nach dem Sieg der Gegenreformation zu Beginn des Dreißigjährigen Kriegs verlor das Böhmisches Königreich seine Souveränität, was zur physischen Vernichtung des nationalen Adels und Vertreibung der protestantischen Intelligenz ins Exil und somit zum Verlust der gebildeten tschechischen kulturellen, ökonomischen und machterhaltenden Eliten führte. Die neue tschechische Intelligenz entwickelte sich seit dem 17. Jahrhundert aus der Schicht der Lehrer, väterländischer Priester sowie ziehender Schauspieler vom Land und aus Proletariatsvierteln. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts brachte sie, gefolgt von der ersten slowakischen Intelligenz, die sich langsam aus Geistlichen heranausbildete, einen gewaltigen national-politischen Prozeß der Wiederfindung und Verteidigung der eigenen Kultur und Sprache in Bewegung, der in der tschechischen und slowakischen Geschichte als die "nationale Widergeburt" glorifiziert wird.<sup>4</sup>

Das ländliche slowakische Volk lebte unter der tausendjährigen magyarischen Vorherrschaft in Armut, vom Modernisierungsprozeß völlig ausgeschlossen. Seit 1867, der Entstehung der dualistischen österreichisch-ungarischen Monarchie, wurde es einer unerbittlichen Magyarisierung unterworfen, was verursachte, daß es keinen nationalen Adel, Bürgerstand oder Landadel gab und die Intelligenzschicht sich als Magyaren fühlte. Die starke Magyarisierung führte in ihrer Konsequenz dazu, daß vor der Gründung des gemeinsamen Staates mit den Tschechen sich nur 1,7 Millionen Menschen den Slowaken zuzählten, was nur 58% der Bevölkerung auf dem Territorium der Slowakei ausmachte.<sup>5</sup>

Diese Abstammung aus dem "einfachen" Volk verlieh der tschechischen und slowakischen Intelligenz eine tolerante (humanistisch-soziale) und demokratische Gesinnung, die durch humanistische Bildung sowie den mitteleuropäischen und Prager Multinationalismus geprägt wurde, ebenso wie durch die deutschen, österreichischen, magyarischen, jüdischen und römisch-katholischen sowie dissidentisch-protestantischen kulturellen Einflüsse dieser Zeit. Neue Eliten konnten sich erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als intellektuelle und kulturelle, weniger als ökonomische und politische Eliten konstituieren.<sup>6</sup>

Zu einer allmählichen politischen Reife der tschechischen Elite und dem Heranwachsen der slowakischen kam es erst in der Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938), in der sich eine liberale Massendemokratie westlichen Typs mit pluralistischer Interessenorganisation

---

<sup>4</sup> Vgl. František Kavka, Geschichte der Tschechoslowakei. Kurzer Abriß, Prag 1968, S. 101-158.

<sup>5</sup> František Vnuk, *Didictstvo otcov*, Bratislava 1990, S. 17-18.

<sup>6</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, *Political Elites, East Central Europe 2000 - The Czech Republic: Background Studies*. Institute of Sociology, Prague 1993, S. 2.

etablierte. Die politische Stabilität, die in der Zwischenkriegszeit eine Ausnahmeerscheinung in Ostmitteleuropa darstellte, wurde durch eine relativ gut integrierte, im allgemeinen koalitions- und kompromißbereite politische Elite sowie durch eine recht effektive, von Prag aus zentralistisch gesteuerte Verwaltung gewährleistet. So bildeten die tschechoslowakischen Parteien - die rechtsbürgerlichen Nationaldemokraten, die katholisch-konservative Volkspartei, die eher zentristisch orientierten Agrarier und die Volkssozialisten sowie die reformistischen Sozialdemokraten - wechselnde Regierungskoalitionen, zum Teil unter Einbeziehung von Parteien der deutschen und ungarischen Minderheiten und einer rein slowakischen nationalorientierten Volkspartei.<sup>7</sup>

## 2. Die Dezimierung der politischen Eliten

Die Dezimierung der demokratischen Eliten während der nationalsozialistischen Okkupation erfolgte u.a. durch die Liquidierung der jüdischen kulturellen und Bildungselite. Diese Schwächung erleichterte spürbar die Etablierung der kommunistischen Diktatur in der Nachkriegszeit. Gleichzeitig spaltete der Krieg die Elite in eine heimische und emigrierte. Der Einführung, Erhaltung sowie Verfestigung des sowjetischen Machteinflusses dienten weitere, massenweise realisierte Einschnitte in die verbleibenden Eliten in den ersten zwei Jahrzehnten der kommunistischen Vorherrschaft.<sup>8</sup>

In den ersten acht Nachkriegsjahren kam es zu drei Dezimierungswellen der Eliten, jeweils von Emigrationswellen begleitet (1945-1948, 1948-1950-1953, 1949-1953). Die erste Welle betraf die im Laufe der deutschen Okkupation kompromittierten Angehörigen der tschechischen und slowakischen Eliten, mit deren Anklage jedoch oft auch der Zweck verfolgt wurde, sich politisch einflußreicher Leute zu entledigen, die gegen den sich verstärkenden Einfluß der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPĚ) waren. Problematisch war z.B. die Schuldfrage der Wirtschaftselite. Ihre Anklage diente der beginnenden Verstaatlichung von Eigentum. Die zweite Welle nach der kommunistischen Machtübernahme, in den 50er Jahren, richtete sich gegen "bourgeoise" Eliten (Unternehmer, liberale demokratische Intelligenz, Politiker). Gleichzeitig verlief die dritte Dezimierungswelle: gegen linke und alte kommunistische intellektuelle Eliten und Eliten der Widerstands (Teilnehmer des spanischen Bürgerkriegs; Offiziere, die an der Front kämpften; illegale Widerstandskämpfer, die in Konzentrationslagern gewesen waren; Partisanen; politischen Widerstand leistende Emigranten).

Durch die Liquidierung erfahrener, nicht unterwürfiger Angehörigen von Eliten und der Träger potentieller Nachkriegseliten wurden Bedingungen für die Bildung einer neuen, hörigen Elite geschaffen, insbesondere in der kommunistischen Partei, die dann in andere Machtpositionen expandierte. Im Dienste der Sowjetunion liquidierte diese Elite die Träger der "bourgeoisien" demokratischen Werte und des slowakischen "Separatismus" sowie gleichzeitig die Vertreter eines eigenen, tschechoslowakischen Wegs zum Sozialismus.

Die permanente Selektion, die restriktive Rekrutierung der nachfolgenden Eliten, die künstliche

---

<sup>7</sup> Vgl. Oskar Krejčí, *Kniha o volbách*, Praha 1994, S. 146-154.

<sup>8</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 2ff.

Homogenisierung der Nationalitäten nach dem Jahre 1945 sowie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Menschen und des Informationsflusses machte den Weg frei für den totalen Einfluß auf die Reproduzierung von politischen Eliten in der Tschechoslowakei.

Nach der sowjetischen militärischen Intervention 1968 erfolgte wiederum eine Dezimierung der Reformkommunisten in der Partei und der sich während des Prager Frühlings formierenden potentiellen nichtkommunistischen Elite.<sup>9</sup> Sie wurde von einer weiteren Emigrationswelle begleitet und splitterte die Gesellschaft in Konvertiten, Dissidenten und Mitläufer. Dieser Einschnitt in die Elite und Rekrutierungsschicht wiederholte sich innerhalb von 50 Jahren nun zum dritten Mal. Mit der 1968 erfolgten Einführung der tschechoslowakischen "Föderation" besetzte die slowakische kommunistische Elite nach der römischen Maxime "Divide et impera" viele zentrale Positionen im Staat. Es war ein Zeitraum nackten Zynismus, ohne neue Ideen und legitimierende Ideologie, mit verachteter, geistig unterentwickelter sogenannter kommunistischer Elite und einer irgendwie doch gefürchteten und respektierten Gegenelite.

Bis 1990 konnte sich die Führungsschicht in der ÈSSR dementsprechend nur als kontrollierte Eliten erneuern - als kulturelle, intellektuelle und technokratische (Management-, Armee- und Polizeiführungsspitze) sowie als quasipolitische Elite, gegebenenfalls als politische Gegenelite aus den Dissidentenkreisen.<sup>10</sup> Das übliche klassische Dreieck aus politischer, ökonomischer und militärischer Elite ist aufgrund dieser Entwicklung unvollständig und erst seit dem Systemwechsel von 1990 beginnt es sich wieder in der Wirtschaftssphäre herauszubilden und in den übrigen Bereichen der Gesellschaft radikal zu verändern.

### **3. Die politische Nomenklatura-Elite der kommunistischen Ära**

Der Begriff der politischen Elite wird in einem totalitären System als "politische Klasse" definiert, die als "spezialisierte und bürokratisch organisierte Trägerin und Vermittlerin der gesellschaftlichen und politischen Macht" funktioniert.<sup>11</sup> Diese Machtelite hat sich der Spitzenpositionen der bürokratischen Apparate bemächtigt und verfügt zugleich über die Gesamtheit der verstaatlichten Produktionsmittel, bestimmt die Richtung der Investitionen, das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion u.ä. und unterliegt dabei keiner Kontrolle. Nach außen hin, gegenüber der Bevölkerung, wirkt sie wie ein einheitlicher Block an der Macht. Ihre materiellen und politischen Privilegien sichert sie sich durch politische Geschlossenheit der Kooptation in den Kaderstatus, nach deren Kriterien sie ihre Kader gezielt auswählt und beruft. Die Angehörigen der Intelligenz gehören als wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten per definitionem zu den Kadern. Das Nomenklatursystem spiegelt dann die gesamtgesellschaftlich wirksame Personalpolitik wider, mit der das Organisationsmonopol der kommunistischen Partei gewährleistet wird.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Die politische Repression betraf allein in den böhmischen Ländern mit 10 Mio. Bevölkerung ungefähr 300.000 Menschen, mit Familienangehörigen zwischen 3/4 bis zu einer Million. In der Slowakei war die Zahl erheblich niedriger. Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 10.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. O. Stammer, Elite und Elitenbildung, in: W. Bernsdorf (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Frankfurt a.M. 1972, S. 180.

<sup>12</sup> G.-J. Glaeßner, Politische Eliten, in: D. Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 4: Sozialistische Systeme. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, München/Zürich 1989, Neuausgabe, S. 334-338.

Seit Anfang der 60er Jahre legitimierte die machtausübende Elite in der Tschechoslowakei ihre herausragende Stellung und Positionen nicht mehr mit der Behauptung, Avantgarde der Arbeiterklasse zu sein, sondern immer deutlicher durch soziale Leistungen im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen, in der Sozialpolitik und im Konsumbereich. Durch die Erwartung ökonomischer und sozialer Leistungsfähigkeit wurde die kommunistische Elite ungewollt durch die Gesellschaft kontrollierbar.

Zu dieser politischen Klasse zählen die Spitzen der Kaderhierarchien der kommunistischen Partei, der Massenorganisationen, des Staates, der Wirtschaft, des Militärs und der Sicherheitsapparate, Vertreter der Bereiche Kultur, Wissenschaft, Rechtsprechung und Bildung.<sup>13</sup>

Die tschechischen Soziologen wenden den Begriff "Nomenklatura-Elite" oder "sozialistisches Establishment" etwas breiter an, als dies die westlichen Theorien sozialistischer Systeme tun. Sie dehnen ihn auf alle politisch privilegierten Bürger aus, die im Volksmund auch als "alte Strukturen" bezeichnet werden. Danach zählen zur Nomenklatura-Elite bereits Funktionäre von der mittleren über die höhere Leitungsebene des Staates bis zu Spitzenpositionen in Partei und Staat.<sup>14</sup>

Die Nomenklatura-Elite Ende der 80er Jahre wird in vier Gruppen eingeteilt:

1. Träger des Normalisierungsregimes ab 1970 unter dem Generalsekretär und Präsidenten Gustav Husák. Sie wurden nach der Zerschlagung des "Prager Frühlings" von der Sowjetmacht in ihre Positionen eingesetzt und waren vom System existentiell völlig abhängig. Sie leiteten sofort eine neostalinistische Gegenreformation ein, wie man die "Wiederherstellung der alten Ordnung"<sup>15</sup> bezeichnen kann, die sich durch Bestrafungs- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die nach Freiheit und Reformen rufende Bevölkerung auszeichnete. Seitdem wurden alle Reformbestrebungen in der ÈSSR vollkommen unterbunden und die kommunistische Partei, der Staats- und Wirtschaftsapparat sowie gesellschaftliche und Interessenorganisationen von allen Reformanhängern konsequent gesäubert.
2. Eine weitere Gruppe waren die gleichfalls vom System existentiell abhängigen, sich in allen Lenkungsebenen des Staates befindenden Apparatschiki und Administratoren.
3. Eine neue, nach 20 Jahren wieder entstandene Schicht von Experten und Technokraten wirkte ebenfalls in allen Staatsbereichen mit und wurde sich der Mängel und Schranken des Systems allmählich bewußt. Bei ihrer Tätigkeit geriet sie mit den Apparatschiki ständig in Konflikt.
4. Die Position dieser Elite wurde durch eine relativ breite Basis von indirekt privilegierten Personen gestärkt, die im Verlauf des zwanzigjährigen Funktionierens des Normalisierungssozialismus einen großen Ring bildeten, der um die Nomenklatura-Eliten rotierte. Er setzte sich aus den Familienangehörigen, Verwandten, Freunden, den ihnen verbundenen und von ihnen korrumpierten Menschen zusammen, die durch ihre sozialen Beziehungen vom System profitierten und sich mit den Jahren zu einem stabilisierenden und tragenden Systemfaktor entwickelten.

---

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 12; Vgl. Jiřina Šiklová, Šedá zóna a budoucnost disidentů, S. 9-15, in: Beilage zu Reportér, 5, Februar 1990, S. 10.; Zdenka Mansfeldová, a.a.O.

<sup>15</sup> Milan Šimečka, Obnovení pořádku. Pøíspěvek k typologii reálného socialismu, Köln 1979.

Die Funktionäre der Partei sowie der höheren und mittleren Ebenen der Staatsmacht, die alle Prozesse der staatlichen Sphäre per Direktive lenkten, wirkten in der Tschechoslowakei im Grunde genommen bis zu den ersten freien Wahlen 1990. Nach dem revolutionären November 1989 begann diese Klasse jedoch unübersehbar auseinanderzufallen. Ein Teil zog sich ins Privatleben zurück, ein Teil wechselte erfolgreich in die Unternehmerschicht, ein Teil konnte sich eine Zeitlang noch auf den Macht- und Technokraten-Positionen der verschiedenen Ebenen halten. Wieviele davon ihre politische Gesinnung beibehielten, ist nur anhand der letzten Wahlergebnisse meßbar, da es bislang keine Angaben über die Stärke dieser politischen Schicht in der Tschechoslowakei gibt. Die Parteimitglieder und -kader haben zusammen mit den Resten des zerschmetterten Ringes der indirekt Privilegierten in den Wahlen 1990 und 1992 der kommunistischen Partei jedenfalls noch rund 14% Stimmen beschert.<sup>16</sup>

### *Die Legitimität der tschechoslowakischen kommunistischen Machtelite*

Das Regime des Realsozialismus konnte sich in der Normalisierungszeit nicht mehr auf die ideologische Unterstützung der Bürger verlassen, weil der Marxismus-Leninismus für die Mehrheit ohne Bedeutung war. In den 70er und 80er Jahren beriefen sich auch die Vertreter der Macht immer weniger darauf, ohne ihm jedoch öffentlich zu entsagen. Da das ideologische Vermächtnis nur einen "Leichnam" darstellte, verschob sich die Betonung ausschließlich auf pragmatische Argumente: Leistungsfähigkeit, Effektivität, Zweckmäßigkeit.

Die Legitimität der tschechoslowakischen Führung war von außen durch die militärische Okkupation der fünf Warschauer-Pakt-Armeen in August 1968 gegeben. Mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows (1985) und der offiziellen Absage an die Breschnew-Doktrin von der beschränkten Souveränität der Satelliten-Staaten verloren die Befürchtungen hinsichtlich einer wiederholten militärischen Intervention im Falle von Reformbestrebungen des ZK der KPÈ ihre Berechtigung. Die Normalisatoren stemmten sich jedoch mit voller Kraft gegen einen neuen Kurs auch in der ÈSSR, wurden für das Moskauer Regime immer weniger tragbar und verloren somit ihren bislang engsten Verbündeten. Im Unterschied zu Polen, Ungarn und der UdSSR, wo es zu radikalen, bis dahin nicht vorstellbaren Veränderungen kam, tat sich in Prag anscheinend nichts.

Die tschechoslowakische Führung steckte in tiefen Auseinandersetzungen. Der konservative Parteiflügel, seit Herbst 1987 von Miloš Jakeš geführt, der Generalsekretär Gustav Husák auf diesem Posten ablöste, versuchte, um die Positionen zu halten, einen spezifischen Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus zu verkünden. Erst nach persönlicher, starker Druckausübung von Gorbatschow folgte die KPÈ nach 1987 den sowjetischen Reformen im ökonomischen Bereich, allerdings mit deutlichen Vorbehalten. Um die radikale Umgestaltung des Staates zu umgehen, die in ihren Konsequenzen für die Staats- und Parteiführung sowie für das ganze System äußerst riskant gewesen wäre, riefen die Verantwortlichen dann die Politik der Perestroika aus, ohne jedoch wirklichen Umbau zu betreiben, und lobten die Glasnost, indem sie die öffentliche Meinung mit

<sup>16</sup> Vgl. Karel Vodička, Die neue Parteilandschaft in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa, 2, 1991, S. 151; Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová, Die letzten Wahlen der ÈSFR 1992 und die Lage danach, in: Berichte des BIOst 2, 1993, S. 9.

Schlagstöcken und Wasserwerfern zum Schweigen zu bringen versuchten.<sup>17</sup> Die bürgerliche Aktivität wuchs inzwischen an. Der stillschweigende "Gesellschaftsvertrag" zwischen der Bevölkerung und dem Regime nach dem Motto: "Ihr laßt uns in Ruhe bei einigermaßen erträglichen materiellen Lebensbedingungen, und wir leisten euch keinen offenen Widerstand" begann brüchig zu werden.<sup>18</sup>

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre geriet die Legitimationsbasis der kommunistischen Elite und auch das Prestige der einzelnen Teile des sozialistischen Systems, gleichzeitig mit tschechoslowakischen Wirtschaft, immer tiefer in die Krise. Die Elite war nicht mehr imstande, die Bedürfnisse der Bevölkerung dauerhaft zu decken. Diverse Meinungsumfragen belegen, daß die Bürger der Ansicht waren, daß Mängel vor allem im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Umwelt und der Gewährleistung der sozialen Bedürfnisse, insbesondere im Wohnungsbau, in der Bildung, im Gesundheitswesen und Verkehr, überwogen. Kritisch äußerten sich dazu vor allem Hochschulabsolventen, Jugendliche, Angestellte und Arbeiter. Diese waren schon seit längerem zu der Erkenntnis gelangt, daß die Partei nicht mehr ihre Interessen, sondern im Namen des Sozialismus die privaten Interessen der Nomenklatura-Schicht vertrat.<sup>19</sup>

Zu den am intensivsten verinnerlichten Gefühlen des Totalitarismus gehörte jedoch die Empfindung der Unfreiheit. Die Menschen konnten sich nicht frei äußern, nicht frei wählen. Übrigens war die Forderung nach freien Wahlen die erste Losung der "samtenen Revolution". Das Recht auf freie Zusammenkunft wurde durch offizielle Organe und Eingreifen der Sicherheitskräfte ständig gebrochen. Bei Reisen in das "kapitalistische Ausland" betrieb das bürokratische System politische Selektion, indem es Unloyalen und Nichtprivilegierten die "Devisenzusage" versagte.

Die Unzufriedenheit innerhalb der Gesellschaft mit dem Fortgang der Reformen und dem unveränderten Charakter des politischen Systems wurde immer breiter. Seit Ende 1987 überwog in der Tschechoslowakei die Überzeugung, daß große Veränderungen unbedingt notwendig sind. Auch die 1988 neugebildete Regierung mit ihrem angekündigten Reformprogramm unternahm allerdings nichts, um der wirtschaftlichen und ökologischen Krise entgegenzutreten, und erweckte nicht das geringste Vertrauen.

Diese Wirkung wurde durch das Verhalten der Machthaber selbst noch verstärkt. Ohne weiterhin von der ideologischen Maske Gebrauch zu machen, demonstrierten sie täglich offen ihre Macht und ihre Privilegien. Das führte zu einer totalen Kompromittierung der kommunistischen Elite und zum endgültigen Bruch zwischen ihr und der Gesellschaft.<sup>20</sup> So wurden die Privilegien der Parteimitglieder bei den Meinungsumfragen 1989 als der am häufigsten angeführte Einzelkritikpunkt ermittelt, insbesondere der Spitzenkader und -funktionäre (15%) sowie die undemokratische Lenkung der Gesellschaft (14%), gefolgt von Fehlern bei der Lenkung des Staates (8%), Widerspruch zwischen Worten und Taten (8%) und schlechter sozial-ökonomischer Situation in der ÈSSR (7%). Zwischen 1986 und 1989 sank die Akzeptanz der Führungsrolle der

<sup>17</sup> Pavel Tigrid, Zpráva o stavu stœdní Evropy, in: Svœdectví, 23, 1989/90, S. 231.

<sup>18</sup> Detaillierte Beschreibung dazu bei Eleonora Schneider, Prager Frühling und samtene Revolution. Soziale Bewegungen in Gesellschaften sowjetischen Typs am Beispiel der Tschechoslowakei, Aachen 1994.

<sup>19</sup> Miroslav Vaník, Veœejné míniní o socialismu pœd 17. listopadem 1989. Analýza výsledkù výzkumù veœejného míniní ÚVVM od roku 1972 do roku 1989, Ústav pro soudobé dijiny AV ÈR, Praha 1994, S. 38-45.

<sup>20</sup> E. Schneider, a.a.O., S. 158-159.

kommunistischen Partei von 67% auf 14% im November 1989. Dies zeugt einerseits von einem totalen Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in ihre Führungsschicht und andererseits von einer Isolation der Partei nicht nur bei den Parteilosen, sondern auch bei der Mitgliederbasis. Bei weitem gefährlicher war für die Führungsgarnitur jedoch die Tatsache, daß die Menschen nicht bereit waren, in die Partei einzutreten, trotz der offensichtlichen Vorteile, insbesondere bei der Besetzung von leitenden Funktionen. Das minimale Interesse, daß in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch bei der jungen Generation der Mittel- und Hochschulabsolventen existierte, sank 1986-1989 noch einmal um die Hälfte auf 6%. In den Jahren 1988-1989 kam es auch bei dieser jüngeren Interessentengruppe zu einem Bruch, der mit dem steigenden politischen Engagement der Jugend und der allgemeinen gesellschaftlichen Gärung erklärt werden kann. Junge Menschen deklarierten zu diesem Zeitpunkt bereits viel offener ihre Meinung, insbesondere die Prager Studenten, die in der revolutionären Folgezeit eine einzigartige Rolle spielten.<sup>21</sup>

Bei den ermittelten Zahlen ist außerdem eine weitere Feststellung interessant, die etwas über die Unterschiede zwischen Tschechen und Slowaken aussagt. In der Slowakei war offensichtlich die Akzeptanz der kommunistischen Elite höher als in dem tschechischen Landesteil, was sich in den bedeutend positiveren Einschätzungen der Führungsrolle der kommunistischen Partei und der Beurteilung des politischen Systems spiegelte. Vor allem in den Jahren 1988-1989 gingen die Meinungen zwischen den beiden Republiken immer mehr auseinander.<sup>22</sup> Das positivere Urteil der Slowaken über das kommunistische Regime, das bis heute anhält, entspringt einem "milderen" Verlauf der politischen Normalisierung nach dem "Prager Frühling". Die reale politische Lage und vor allem die ökonomische und soziale Entwicklung nach 1969 bedeuteten für die Slowaken eine deutliche Verbesserung gegenüber der Vergangenheit. Infolgedessen wurde der Kommunismus hier nicht in dem Maße diskreditiert wie in Tschechien.

Trotz dieser republikbedingten Unterschiede zeigt eine sechs Monate vor der "samtenen Revolution" ermittelte Zahl, wie es um Unzufriedenheit und Frustration mit dem Status quo im Vergleich zu der Entwicklung in den Nachbarstaaten Polen, Ungarn, UdSSR und sogar der gleichermaßen konservativen DDR, in der die Bürger bereits zu Tausenden "mit den Füßen abstimmten", stand. 1989 forderten bereits 91% der Befragten einen komplexen Umbau in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Die Bürger waren entschieden unzufrieden mit der bisherigen Leitung des Staates sowie mit allen bislang deklarierten Reformen der tschechoslowakischen Regierung. Daß sich auch in den kommunistischen Reihen die Meinungen bereits verschoben hatten und auch dort hohe Unzufriedenheit herrschte, belegen z.B. folgende Zahlen: 40% der KPÈ-Funktionäre waren 1989 bereit zuzugeben, daß im Bereich der Politik in der vergangenen Zeit Mängel überwogen haben, noch kritischer wurde dies von Mitgliedern und Kandidaten der Partei (48%) beurteilt.<sup>23</sup>

Abschließend kann festgestellt werden, daß Ende 1988/Anfang 1989 die Bevölkerung wie auch die politische Elite selbst, die über das Ausmaß der ökonomischen, ökologischen und politischen Krise des Landes am besten informiert war, wußten, daß die Maßnahmen, mit denen das System jahrelang gearbeitet hatte, versagt hatten. Zu diesem Zeitpunkt konstatiert der Bürgerrechtler M. Šimečka in

---

<sup>21</sup> Ebenda, S. 27-30.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 21-23.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 45.



seinem Buch "Ende des Stillstands": "Unter den Tschechen und [einem Teil der] Slowaken herrschte ein vollständiger negativer Konsens darüber, wie katastrophal der Zustand des ganzen Systems war, das bei uns Sozialismus genannt wurde. Viele waren sich jedoch darüber nicht im klaren, welche persönlichen Risiken und Unsicherheiten eine radikale Veränderung mit sich bringen würde."<sup>24</sup>

#### **4. Die neue politische Elite nach dem Systemwechsel 1989**

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im November 1989 wurde in der Tschechoslowakei ein schneller und abrupter Übergang zum Reformprozeß eingeleitet. Gewaltfreie Massendemonstrationen der Tschechen und Slowaken, vor allem in den Hauptstädten Prag und Bratislava, sowie ein erster, nur zweistündiger landesweiter Generalstreik versetzten dem Regime den letzten Stoß und gaben dem Volksaufbegehren den zutreffenden Ausdruck "samten Revolution".

Die politische Elite der ersten Jahre nach dem Systemwechsel 1989 wird hier nicht unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Status, sondern anhand der Rolle ihrer Repräsentanten als Akteure, die Inhaber der höchsten Positionen in der Gesellschaft sind, verstanden.<sup>25</sup> Es handelte sich um Menschen, die durch die revolutionäre Stimme der Straße gerufen (korrekter: anhand von Verhandlungen am "Runden Tisch") und später als Abgeordnete und Regierungsmitglieder ins Parlament - die Föderale Versammlung und den Tschechischen und Slowakischen Nationalrat - gewählt wurden. In dieser Eigenschaft haben sie die radikalen Veränderungen eingeleitet, die als "Transformationsprozesse" bezeichnet werden sollen. Sie gestalteten jedoch nicht nur ihren Verlauf und Tempo, sondern auch ihre Ausrichtung und beeinflussten damit den ganzen Systemumbau der Tschechoslowakei maßgeblich bzw. prägten seine Fortentwicklung in der gegenwärtigen Tschechischen und Slowakischen Republik. Die von ihnen geäußerten Ziele und Standpunkte zu jeweiligen Problemstellungen der Demokratisierung des Staates und der Wirtschaftsreform wie auch ihr öffentliches Verhalten, also ihre Qualitäten, prägten und spalteten von Anfang an die Meinungen und Positionen der Bevölkerung zum gesellschaftlichen und ökonomischen Umbau.

Die politischen Eliten stehen also in der Übergangsperiode in einer besonders engen Verbindung zu der Weiterentwicklung der postkommunistischen politischen Kultur der Tschechen und Slowaken, die sich in einer Orientierungsphase befinden. Durch ihre Funktion als Gestalter des Systemwandels und Vorbilder einer neuen Identität gewinnt eine detailliertere Beschäftigung mit der Elite an Bedeutung.

##### ***4.1 Die Determinanten der Werte der neuen Elite***

Ein bedeutendes unmittelbares Unterscheidungskriterium der Generations- und Zwischengenerationsgruppen der gegenwärtigen Führungsschicht sind wichtige politische und soziale Ereignisse, deren Erleben, Konsequenzen und Dauer für die jeweiligen Generationen. Als Determinanten wirken historische Ereignisse der jüngsten Geschichte Europas bzw. Osteuropas - die gravierenden gesellschaftspolitischen Umbrüche - wie sie sich in der Tschechoslowakei selbst ausgewirkt und

<sup>24</sup> Milan Šimečka, *Konec nehybnosti*, Praha 1990, S. 155.

<sup>25</sup> L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 4.

fortentwickelt haben. Es sind vor allem folgende Tatbestände:

- a) Erinnern sich die Altersgruppen an den Krieg, die Zeit davor und danach, an den selbständigen slowakischen Staat sowie den Beginn des Kommunismus?
- b) Wie erfuhren sie den Beginn des Totalitarismus kommunistischen Typs (Verstaatlichung, Enteignung, politische Prozesse, Hetze usw.) sowie die Jahre des Stalinismus danach?
- c) Wie erlebten sie das politische "Tauziehen" der 60er Jahre und den Prager Frühling und wie reagierten sie auf die Okkupation und die Restriktionen der Staatsmacht danach?
- d) Wie erlebte die jüngere Generation das zweite Jahrzehnt, das Ende des Totalitarismus und die ersten Jahre der Transformation?
- e) Um welche Klassenzugehörigkeit (zu Bourgeoisie, Adel oder Arbeiterschaft), die den Lebensweg zeichnete und nach dem Systemwechsel die Grundeinstellung zu Eigentum, Restitutionsfragen u.a. bestimmte, handelt es sich?
- f) Lagen bestimmte Familientraditionen, vor allem die Zugehörigkeit zur Führungsschicht der Ersten Republik, vor? Einige Parlamentarier, führende Persönlichkeiten oder Mitglieder der Partieliten sind Enkelkinder von Angehörigen früherer politischer Eliten, die sich stolz zu dieser Familientradition bekennen, was einiges über die Suche und Bildung von neuen Statusstrukturen aussagt.<sup>26</sup>

Die Altersspanne der neuen Elite liegt zwischen 24 und 70, und es handelt sich dabei um drei Generationen. Die Ältesten hatten die politische Demokratie der ESR, jedoch nur die Zeit der 30er Jahre, d.h. die Krise der europäischen Demokratien und die slowakische "Selbständigkeit" im eigenen Staat, erlebt. Der determinierende Zeitabschnitt ihres Lebens ist ohne Zweifel die deutsche Okkupation, Krieg und Zwangsarbeit im Dritten Reich. Die überwiegende Mehrheit der 40jährigen wurde durch das politische "Tauziehen" der 60er Jahre, durch den Kampf um eine authentische Föderation seitens der Slowaken und die Frustration des Okkupationsjahres 1968 beeinflusst. Außerdem wurden sie durch die deformierend wirkende Normalisierung, die Zeit der Ausweglosigkeit nach dem "Prager Frühling" geformt, die individuell unterschiedliche Konsequenzen im beruflichen und privaten Leben mit sich brachte. Die Jüngeren und Jüngsten (vor allem die Studenten - mit die bedeutendsten Träger der "samtenen Revolution") erlebten die 80er Jahre als einen Zeitraum des Bewußtwerdens der Tiefe der gesamtgesellschaftlichen Krise, als einen Zeitraum des eigenen Erwachens, des Mutes und der Risikobereitschaft. Zu deren stärksten formativen Erlebnissen gehört der November 1989.

Alle drei Generationsgruppen bildeten ihre Werte in der Opposition zur offiziellen Meinung und Ideologie, in einer Konfrontation mit ihr, so daß von einer "negativen Sozialisation" der tschechischen und slowakischen Bevölkerung gesprochen werden kann. Die totale Überwachung durch Parteileute und Besetzung der öffentlichen Sphäre durch die kommunistische Ideologie sollte die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Macht und Herrschaft verhindern. Sie führte nicht nur

---

<sup>26</sup> Nach den o.g. Parametern können des weiteren vier Generationsgruppen (Generationskohorten) innerhalb der gegenwärtigen Eliten unterschieden werden. Näheres dazu bei L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 5-10.

zur Manipulation von Meinungen und Orientierungen, sondern auch zur Entstehung eines "doppelten Gesichts", einer doppelten Moral, womit es zu einer schizoiden Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit kam.<sup>27</sup>

Einen Großteil dieser drei Generationsgruppen stellt die sich im produktivsten Alter befindende Generation der 40jährigen, die in den elitären Positionen am häufigsten vertreten sind (40-50%). Sie wurden in den 70er Jahren, d.h. der tiefsten Normalisierungszeit, sozialisiert. Diese Tatsache beeinflusst ihre Persönlichkeit und ihre politische Kultur und verbindet sie eher mit der vergangenen, kommunistischen als mit der künftigen demokratischen Ära. Sie transportieren um so mehr Bestandteile aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft, je weniger sie sich dieser Tatsache bei ihrer Unerfahrenheit, problematischer Bildung und Jugend bewußt sind. Im zweiten Jahrzehnt des Totalitarismus kommunistischen Typs wurde diese Generation der 40jährigen von den Zeitgenossen und Trägern der Werte des demokratischen Regimes der Ersten Republik und der Mechanismen und Werte der Marktwirtschaft - im Unterschied zu der vorangegangenen Generationsgruppe (1930-1940) - nicht mehr beeinflusst. Diese Generation erlebte diese nicht mehr in den Grundschulen als alte Lehrer, die aus den Universitäten oder Gymnasien rausgeschmissen worden waren, sich mit der neuen kommunistischen Ideologie nicht identifizierten und auf sie je nach individuellem Mut hätten einwirken können.<sup>28</sup>

Trotz des Werteverfalls dieser Zeit wuchs in den 80er Jahren eine neue, technokratisch orientierte Intelligenz heran, die das Glück hatte, daß sie sich in der liberalen "Lücke" der 60er Jahre qualifizieren konnte. So konnten einige ins westliche Ausland fahren, dort ein paar Semester studieren oder sich fachlich weiterbilden, dabei gute Sprachkenntnisse erwerben und Kontakte knüpfen, die ihnen ermöglichten, auch nach dem Fallen des Eisernen Vorhangs sich weiterzuentwickeln. Die gegenwärtigen politischen Vertreter, die dieser Generation entstammen, waren deshalb fachlich vor allem auf die wirtschaftliche Reform besser vorbereitet als andere. Auch diese anderen lernen jedoch sehr rasch durch die neuen Erfahrungen der Gegenwart.

In den ersten Transformationsjahren dominierten in der Politik meistens gegensätzliche rationalisierte und generalisierte ethische, zuweilen militante oder profitorientierte Werte der widersprüchlichen gesellschaftlichen Sozialisation. Es waren jedoch auch sich neu artikulierende Interessen der individuellen Akteure der entstehenden neuen politischen Elite verschiedener Generationsgruppen festzustellen, wie sie durch ihre persönliche Erfahrungen, Erlebnisse und Erkenntnisse bedingt waren. Es handelte sich dabei weniger um Vermittlung gesellschaftlicher oder sozialer Interessenstruktur in der Politik, die sich erst durch die Privatisierungsprozesse formieren sollte.<sup>29</sup>

#### **4.2 Die Dissidenten-Elite**

Sie wird auch als "Gegenelite der Dissidenten" oder als "intellektuelle" Elite <sup>30</sup> bezeichnet. Sie

---

<sup>27</sup> E. Schneider, a.a.O., S. 48-49.

<sup>28</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 3-4.

<sup>29</sup> Vgl. Z. Mansfeldová, a.a.O.

<sup>30</sup> L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 12.

rekrutierte sich überwiegend aus den intellektuellen Dissidenten der "parallelen Strukturen"<sup>31</sup>, wie die Gruppierungen genannt wurden, die um die Bürgerrechtsgruppe "Charta 77" in den 80er Jahren in der Tschechoslowakei entstanden, oder aus den neuen, eher radikalen oppositionellen bzw. informellen Gruppen, die sich rasch in einer großer Anzahl gegen Ende 1987-1989 bildeten.<sup>32</sup> In der Slowakei handelte es sich vorwiegend um eine christliche Bewegung und Umweltschutzgruppen, der intellektuelle Dissens beschränkte sich auf eine kleine Gruppe von Anhängern der "Charta 77".<sup>33</sup>

In ihren politischen Positionen vertrat die intellektuelle Elite vom November 1989 bis zu den zweiten Wahlen im Juni 1992 die "Opposition" gegen das alte, kommunistische Lager bzw. repräsentierte die "neue Kraft".

Eine wirkliche, legale politische Opposition durfte es allerdings in der Tschechoslowakei bis zu der November-Revolution 1989 nicht geben: Da das Regime Polizeirepressionen gegen die bestehenden Gruppierungen der Dissidenten ständig verschärfte, konnten sich diese in den illegalen Strukturen auch faktisch nicht richtig formieren und fortentwickeln. Deshalb war die neue Führungsschicht, die aus diesen Strukturen entstand, auf die Aufgabe, radikale Veränderungen revolutionären Charakters einzuführen, eigentlich nicht vorbereitet, was sich jedoch erst im Verlauf der Transformation zeigte.

Die Akteure der neuen politischen Elite stellten jedoch keine einheitliche Gruppe von "Dissidenten" oder "Oppositionellen" dar, wie man einfach annehmen könnte, sondern eine heterogene Ansammlung von Menschen, wie sie sich in einer sozialen Bewegung zusammenschlossen. Die Gruppe der tschechischen Soziologen bezeichnete sie als "intellektuelle Dissidenten-Elite" und teilt sie in vier Gruppen ein<sup>34</sup>:

1. Die Reformkommunisten des "Prager Frühlings"<sup>35</sup>, einfache sowie hohe Funktionäre, die sich nach 1968 weigerten zu "konvertieren", sich den Dissidenten anschlossen und dafür verfolgt wurden. Sie waren in den illegalen heimischen Strukturen tätig - in der unabhängigen Gruppe "Obroda" (Club für sozialistische Umgestaltung)<sup>36</sup> oder verfügten über Verbindungen zu ihnen sowie zu ausländischen parallelen Strukturen und Institutionen. Andere, dazu gehörten u.a.

<sup>31</sup> Es ist ein Synonym für die "independent society" oder "selbstorganisierte civil society", wie die unabhängigen Aktivitäten der oppositionellen Bewegungen bzw. der Andersdenkenden in Polen und Ungarn bezeichnet wurden. Den Begriff "parallele Strukturen" ("parallel Polis") schaffte 1978 einer der Sprecher der Charta 77, der katholische Philosoph Václav Benda (heute führende Figur und ehemaliger Vorsitzender der KDS), um für die sich in totaler Isolation ("moralischem Ghetto") befindende Dissidentenbewegung ein mobilisierendes "Programm" zu entwerfen. Er plädierte für die Schaffung inoffizieller, paralleler Strukturen auf allen Gesellschaftsebenen. Hier begann sich später neben den Dissidentenaktivitäten unabhängige kulturelle, wissenschaftliche und religiöse Tätigkeit zu entfalten, es entstanden viele Samisdat-Texte, wissenschaftliche Schriften und Literatur. Vgl. Václav Havel, *O lidskou identitu. Úvahy, fejetony, protesty, polemiky, prohlášení a rozhovory z let 1969-1979*, London 1990, S. 113-124.

<sup>32</sup> Detaillierte Beschreibung dazu bei: E. Schneider, a.a.O., S. 163-172.

<sup>33</sup> In der Slowakei wurde von den Soziologen Ende der 80er Jahre der Begriff "Inseln der positiven Deviation" für die halboffiziellen Aktivitäten eingeführt, in deren Verlauf das Bewußtsein von einer prinzipiellen ökonomischen, ökologischen und vor allem politischen und moralischen Krise des Systems nur ganz allmählich artikuliert wurde. Erst in den frühen Tagen der Revolution weitete sich dieses Bewußtsein zu einer politischen Kritik des gesamten Systems aus. Vgl. Martin Bútora/Vladimír Krivý/Soňa Szomolányi, *Pozitívna deviácia. Kariéra pojmu a epidemiológia javu v Ľeskoslovensku na sklonku 80. rokov*, Bratislava, september 1989, S. 10.

<sup>34</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 12-14.

<sup>35</sup> In der Tschechoslowakei "Achtundsechziger" genannt, die jedoch mit der Bewegung der Achtundsechziger im Westen nichts gemeinsam haben.

bekannte Persönlichkeiten wie z.B. A. Dubček, verharrten in passiver Resistenz, in der Rolle von Bürgern zweiter Klasse, mit vielen Einschränkungen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben, und schwiegen jahrelang. Für die Einstellung dieser Gruppe war die Erkenntnis bestimmend, daß sie die Perspektive einer Änderung der politischen Verhältnisse zu Hause auch nach 1968 mit einer ähnlichen Systemreform in der Sowjetunion verbanden, bis diese nach einer langen Zeit dazu reif wäre. Die meisten von ihnen hielten an den sozialistischen Idealen fest.

2. Nichtkommunistische Dissidenten, die zahlenmäßig relativ stark und sehr aktiv waren. Auf das Abstellgleis - und somit oft zu Dissidenten - wurden auch viele bis dahin unbekannte Menschen geschoben, die vor den Untersuchungskommissionen, die nach 1969 nicht nur in den Reihen der kommunistischen Partei, sondern auch an den Arbeitsplätzen eingesetzt wurden, der militärischen Okkupation nicht zustimmten. So wurden auch insbesondere viele junge, aufrichtige Menschen eines breiten Spektrums - von Künstlern über christliche Intelligenz bis zu Untergrundkirche - zur Gegenelite. Sie hatten sich nicht durch eine politische Karriere als aktive Kommunisten und das Wirken der KPČ während der stalinistischen 50er Jahre, als einige Hunderttausende "Feinde des Sozialismus" der Justiz zum Opfer fielen, befleckt. Neben der bekannten Dissidentengruppe "Charta 77" existierten auch mehrere unabhängige Initiativen, von denen die "Bewegung für Bürgerfreiheit" und "Demokratische Initiative" am bekanntesten sind. Sie stellten eine Alternative zum Dissens um die "Charta" dar, weil sie sich offen zu einem Politikum bekannten - zur Veränderung des politischen Systems, seiner stufenweisen Demokratisierung.<sup>37</sup>
3. Menschen, die sich während des "Prager Frühlings" anderweitig als politisch engagierten, des weiteren jüngere Menschen, die in den 70er Jahren das Studium nicht beenden durften, weil ihre Eltern vom Regime betroffen waren u.ä. Sie waren erst in der Normalisierungszeit, vor allem Ende der 80er Jahre, in der Opposition oder in den kulturellen bzw. christlichen parallelen Strukturen (Untergrundkirche) oder Umweltschutzgruppen aktiv, wo einige zu bekannten Persönlichkeiten wurden.
4. Persönlichkeiten aus dem Exil, die zurückkehrten, um an der politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Reform aktiv teilzunehmen. Da es in der Tschechoslowakei mehrere Exilwellen gegeben hatte<sup>38</sup>, ist auch diese Gruppe sehr heterogen. Dazu gehören einerseits Menschen, die bereits 1948 bis in die 50er Jahre hinein das Land wegen politischer Verfolgung verließen; kommunistische sowie nichtkommunistische Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit dem "Prager Frühling" emigrierten und im Exil aktiv waren; und drittens junge Menschen, die im Laufe der 70er und 80er Jahre gingen und sich im Ausland durch ihre Tätigkeit ein Ansehen erwarben.

In ein paar Tagen im Laufe der November-Revolution von 1989 übernahmen einige herausragende

<sup>36</sup> Der Club "Obroda" gründete sich im Februar 1989 aus dem Umfeld von Reformkommunisten und bekannten Protagonisten des "Prager Frühlings" und einiger ehemaliger Sozialdemokraten. Sie bekannten sich zur sozialistischen Weltanschauung und Umgestaltung im Gorbatschowschen Sinne. Zu diesem Zwecke hatte die Gruppe mit dem ZK der KSČ Kontakte geknüpft, um sie zu Realisierung von Perestrojka und Glasnost auch in der Tschechoslowakei zu bewegen und dabei zusammenzuarbeiten. Vgl. Milan Otáhal, K některým otázkám dijin "normalizace". In: Soudobé dijiny, 1, 1995, S. 5-16, hier S. 13.

<sup>37</sup> M. Otáhal, a.a.O., S. 12.

<sup>38</sup> Näheres dazu bei Pavel Tigrid, Politická emigrace v atomovém viku, Köln 1974 bzw. Praha 1990.

Persönlichkeiten aus den Forumsbewegungen zusammen mit Vertretern der politischen Parteien, die im Rahmen der nationalen Front existierten<sup>39</sup>, nach zähen Verhandlungen am Runden Tisch von der resignierenden Regierung und Parteiführung die politische Macht. Bereits am 10. Dezember 1989 wurde die "Regierung der nationalen Verständigung" ernannt, in der von der revolutionären Massenbewegung fünf Mitglieder durchgesetzt und insgesamt neun unterstützt wurden. Es war die erste mehrheitlich nichtkommunistische Regierung unter dem reformfreudigen slowakischen Kommunisten Marián Ľalfa seit 41 Jahren, mit nur zehn kommunistischen Ministern. Die neue Regierung hatte die Aufgabe, die Tschechoslowakei auf freie demokratische Wahlen im Juli 1990 vorzubereiten und erste Vorschläge zu rechtlichen, strukturellen und ökonomischen Reformen auszuarbeiten.<sup>40</sup>

Ende Dezember wurden zwei prominente Symbolfiguren der "samtenen Revolution" und des "Prager Frühlings" in Schlüsselstellungen gewählt - der Tscheche Václav Havel zum Präsidenten und der Slowake Alexander Dubček zum Vorsitzenden des Parlaments. Damit war innerhalb von sechs Wochen ein politischer Machtwechsel erfolgt, der den Anfang der "umwälzenden" Transformation darstellte.

Die Leichtigkeit des Machtwechsels, der im verfassungsmäßigen Rahmen und mit verfassungsmäßigen Mitteln verwirklicht wurde, weckte bei den Vertretern der revolutionären Foren sowie bei der Bevölkerung eine Euphorie, die mit der Vorstellung von ziemlich schnellen, leichten und einfachen Lösungen weiterer gesellschaftlichen Veränderungen verbunden war. Daran wurden große Hoffnungen und Illusionen über das neue politische und soziale System, das in der Tschechoslowakei entstehen sollte, geknüpft.

In der Übergangsphase von November 1989 bis zu den ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1990 hatte die schnelle Umsetzung politischer Reformen absolute Priorität, beginnend mit der Demontage der kommunistischen Institutionen, der Errichtung und Absicherung grundlegender demokratischer Strukturen bis zur Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes. Dadurch sollte die Voraussetzung geschaffen werden, daß die weitere Entwicklungsrichtung des Transformationsprozesses von legitimierten Gremien entschieden wurde.

Von Januar bis Mai 1990 vollzog sich in den gesetzgebenden Organen der ČSFR ein komplizierter und langwieriger Rekonstruktionsprozeß, der erst auf der letzten Sitzung vor den Parlamentswahlen beendet werden konnte. Die Rekonstruktion der Föderalversammlung und des Tschechischen und Slowakischen Nationalrats erfolgte über die Abberufung<sup>41</sup> oder den Rücktritt von 120 Abgeordneten, die seit 1986 im Parlament tätig waren, und die daran anschließende Kooptierung von neuen Abgeordneten, vor allem aus den Reihen der Bewegungen "Bürgerforum" (OF-Občanské fórum) und "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN-Verejnosť proti násiliu).

Ziel dieses Vorgehens war es, die kompromittierten Funktionäre der kommunistischen Partei auszuschalten und ein neues Parlament zu schaffen, daß fähig und bereit war, nicht nur wie früher

<sup>39</sup> Zu der nationalen Front haben sich außer der KPČ die Tschechoslowakische Volkspartei (ČSL) und die Tschechoslowakische Sozialistische Partei (ČSS), allesamt Parteien mit einer langen Tradition von 1948 bis 1989, zusammengeschlossen.

<sup>40</sup> Vgl. E. Schneider, a.a.O., S. 190.

<sup>41</sup> Die Abberufung von Abgeordneten politischer Parteien wurde durch das Gesetz vom 29. Januar 1990 ermöglicht.

zuzustimmen, sondern auch selbst Entscheidungen zu treffen. Bei den Gesprächen am Runden Tisch wurden genaue Zahlen für die Abgeordneten der einzelnen Parteien vereinbart, weil es danach im Parlament 120 Sitze neu zu besetzen gab. Der Anteil der Kommunisten sank von 242 auf 138.<sup>42</sup>

Die Artikulation einer neuen Politik nach der Machtübernahme war schwierig, nicht zuletzt wegen der Heterogenität der neuen entscheidenden politischen Kräfte, des OF in der Tschechischen und der VPN in der Slowakischen Republik. Man ging bei der Festlegung des Systemwandels oft von abstrakten Begriffen wie Demokratie, Parlamentarismus, soziale Marktwirtschaft usw. aus, deren Konkretisierung in Form von politischen, legislativen und ökonomischen Entscheidungen immense Schwierigkeiten bereitete. Dies äußerte sich sowohl in der Notwendigkeit, häufig zu improvisieren, als auch in der Ungeduld und zugleich in konkreten Fragen der Staatsverwaltung und Wirtschaftspolitik. Unter den Vertretern der neuen Führung kam es sehr bald zu Auseinandersetzungen zwischen denen, die andere theoretische Kenntnisse oder praktische Erfahrungen aus öffentlichen Leitungstätigkeiten besaßen (meistens aus der Zeit bis 1969), und denjenigen, die über die Politik, ihre Möglichkeiten und ihre Anwendung nur abstrakte, oft sehr naive Vorstellungen hatten und sich in der Praxis sehr dilettantisch verhielten.<sup>43</sup> Der Dilettantismus war jedoch nicht den Revolutionären persönlich zur Last zu legen, sondern dem vorherigen totalitären System, das den Bürgern außerhalb der kommunistischen Partei jede Teilnahme an der Macht verwehrte. Allgemein gesagt: Es gab nicht genügend Personen mit politischen Kenntnissen und Erfahrungen.

Die politische Transformation dominierte in dieser Phase gegenüber der Umsetzung der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik. Es wurden zwar schon einzelne ökonomischen Reformen beschlossen, z.B. im April 1990 die Gleichstellung des Privatsektors, was faktisch vor allem die Gründung von Klein- und Kleinstbetrieben, die Bildung von Aktiengesellschaften und Joint ventures usw. ermöglichte, aber die Liberalisierung der Wirtschaft, insbesondere der Preise, wurde nur sehr langsam in Angriff genommen. Es herrschte eine gewisse Unsicherheit über die einzuschlagende Entwicklungsrichtung, und das nicht nur bei der Bevölkerung, wie Meinungsumfragen ergaben, sondern auch in der politisch dominanten Gruppierung des tschechischen Bürgerforums bzw. der slowakischen Öffentlichkeit gegen Gewalt.<sup>44</sup>

Die ersten freien Wahlen 1990 waren eigentlich ein Plebiszit gegen das alte Regime. Die politischen Parteien und die Forumsbewegungen vertraten ein sehr allgemeines, in vielem unklares Reformprogramm, ohne z.B. auf die dringenden Fragen der Privatisierung oder des Umgangs mit alten kommunistischen Kadern einzugehen.<sup>45</sup> In ihnen waren nämlich Persönlichkeiten mit sehr verschiedenen Meinungen versammelt: von Linkssozialisten (Reformkommunisten von 1968) - vorwiegend aus der Dissidentengruppierung "Obroda" (Club für sozialistische Umgestaltung), aber auch aus der "Charta 77" selbst - bis zu konservativen Liberalen. In der Slowakei waren in der VPN

---

<sup>42</sup> Vgl. Jaroslav Hudeček/ Zdenka Mansfeldová, Erste Schritte der tschechoslowakischen Gesellschaft im Transformationsprozeß, in: M. Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen - Ansätze - Analysen, Berlin 1992, S. 226-238, hier S. 228-229.

<sup>43</sup> Vgl. Zdeník Jiřínský, Základní principy demokratického uspořádání po listopadu 1989 a problémy jejich uskutečňování [interne Studie, 12 S.], Praha 1995.

<sup>44</sup> Vgl. Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S. 326-327.

neben liberalen Intellektuellen und Reformkommunisten auch ehemalige Kommunisten (bis 1989) sowie verschiedene Schattierungen von Nationalisten vertreten, die sich später die "slowakische Frage" zu eigen machten.<sup>46</sup> Die internen Auseinandersetzungen führten schließlich 1991 zum Zerfall der Forumsbewegungen.

Das Prestige dieser neuen Elite war durch ihr moralisches Wirken in den illegalen parallelen Strukturen teils gewonnen bzw. ihnen zugesprochen worden, teils durch ihre Führungs- und Organisationsfähigkeiten (oder eher Improvisationstalent) während der Revolutionszeit erworben worden. Sie waren als Vertreter der revolutionären Forumsbewegungen OF und VPN legitimiert, die immer mehr den Charakter politischer Repräsentationen annahmen. Diese Legitimität wurde dann in den Parlamentswahlen 1990, in denen die Koalition OF/VPN mit großem Abstand vor der kommunistischen Partei einen klaren Wahlsieg erlangte, bestätigt.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> Bei den soziologischen Wahluntersuchungen hat sich gezeigt, daß das negative Wahlmotiv oft zu beobachten war. Wer sich für keine Partei entscheiden konnte, gab seine Stimme den Bewegungen, die in ihren Grundsätzen und Programmen so breit waren, daß jeder etwas für sich finden konnte. Bei vielen wirkte noch die Dankbarkeit für den Sieg über das alte Regime nach. Mit dem Wahlslogan "Parteien für Parteileute, Bürgerforum für alle" hat sich das OF geschickt u.a. die bestehende Unlust und das Mißtrauen gegenüber politischen Parteien zunutze gemacht. Die slowakische VPN wiederum kämpfte unter dem Motto "Eine Chance für die Slowakei", womit sie zum ersten Mal die nationalen Gefühle ausspielte. Vgl. Jan Herzmann, Volby v kontextu vývoje verejného míní 1989-1991, in: Sociologický časopis, Jg. 28, 2, 1992, S. 165-183, hier S. 173.

<sup>46</sup> Vgl. Soňa Szomolányi, Formovanie politických elít na Slovensku, S. 69-94, in: Ústav pro sociológiu SAV (Hrsg.), Slovensko. Kroky k európskému spoločenstvu. Scenár sociálno-politických súvislostí do roku 2005, Bratislava 1993, S. 74.

<sup>47</sup> Die Forumsbewegungen gewannen die absolute Mehrheit von 170 Mandaten der 300 in der Föderalversammlung. Die kommunistische Partei verfügte über 47, dicht gefolgt von dem Wahlbündnis der Christdemokraten an dritter Stelle mit 40 Sitzen. Die übrigen Parlamentsmandate besetzten Parteien, die für die Rechte bzw. die ethnische Identität der Slowaken, der Mähren und der nationalen Minoritäten, insbesondere der Ungarn, eintraten. Vgl. K. Vodička, Die neue Parteilandschaft ..., S. 150-151.



### *Die Dissidenten als Elite der "unpolitischen Politik"*

Die intellektuelle Dissidenten-Elite wirkte als Elite der "unpolitischen Politik"<sup>48</sup>, wie die erste, nur zweijährige Transformationsperiode 1990-1992 (zwischen den ersten und zweiten freien Wahlen) von den tschechischen Soziologen bezeichnet wird, weil sie weder Elite der politischen Parteien noch der Macht sein wollte. Sie verhielt sich eher als Elite des Einflusses, über den sie in den ersten Monaten nach dem Umsturz verfügte, aber dessen sie sich eigentlich nicht genügend bewußt war.<sup>49</sup>

Die negative Bewertung von politischen Parteien nach der Erfahrung mit der kommunistischen Partei war in der Gesellschaft stark verbreitet, sie wurde jedoch auch durch das politische Wirken vom Präsident Václav Havel unterstützt. In Havels Reden nach 1989 war unmißverständlich zu hören, daß sie nicht so sehr den Interessen des Volkes wie denen der Parteien dienen würden. Der Einfluß des Präsidenten, dessen Autorität das Ansehen des Parlaments und der Regierung weit übertraf, und das politische Wirken seiner großen Kanzlei, die er sich aus den engsten Freunden seiner Dissidententage und anderen Persönlichkeiten aus dem Exil geschaffen hatte, reichte weit über seine damaligen verfassungsmäßigen Kompetenzen hinaus. Somit konnte Havel einen ziemlichen Druck auf die innenpolitische Entwicklung ausüben. Die Ablehnung einer Parteienpolitik im westlichen Stil beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Präsidentenkanzlei, sondern wirkte sich auch in parlamentarischen Gremien aus, da auch dorthin viele ehemalige Dissidenten gewählt worden waren. Konkrete Züge nahm die "unpolitische Politik" an, als es z.B. darum ging, nach der Beendigung der revolutionären Phase das Bürgerforum in eine politische Partei mit straffen Organisation umzuwandeln, wogegen sich die Dissidenten stellten.

Politisch identifizierte sich die intellektuelle Dissidenten-Elite mit der Mitte. Die programmatische Grundlage der Transformation, die in der ersten Revolutionswoche im Dokument "Programmatische Grundsätze des Bürgerforums" erarbeitet wurde, knüpfte an die Dokumente der Charta 77 sowie an die Stellungnahmen weiterer Gruppen aus den parallelen Strukturen der vorrevolutionären Zeit an, die jedoch gezwungenermaßen sehr allgemein gehalten waren. Die Schriften der Dissidenten waren zwar kritisch und präzise in der Benennung der Fehler des kommunistischen Systems, in der Ausformulierung des positiven Inhalts einer demokratischen, parlamentarischen Ordnung und eines neuen marktwirtschaftlichen Systems waren sie jedoch entweder zu abstrakt, um eine Hilfe bei den einzelnen konstitutionellen Schritten zu sein, oder es fehlte ihnen einfach an praktischen Erfahrungen

---

<sup>48</sup> Die Idee der "unpolitischen Politik" entstammt den Erklärungen und dem Wirken der Dissidentengruppierung "Charta 77", die ihre oppositionelle Mission auf eine These der ausschließlich moralischen und nicht politischen Ebene ("Leben in Wahrheit") sowie auf die Einhaltung der Bürgerrechte in der ÈSSR gründete, unter dem Einfluß der Hauptautorität der Charta, des 1977 verstorbenen tschechischen Philosophen Jan Patočka. Sie appellierte an die Solidarität der Bevölkerung nach der Okkupation von 1968 und wandte sich gegen die schizophrene Doppelmoral der Gesellschaft. Im berühmten Essay "Macht der Ohnmächtigen", das später zum wichtigsten Wegweiser der Bewegung wurde, brachte Václav Havel neben konkreten Lösungen für die in der Sackgasse steckende Opposition auch allgemeine Gedanken über die Gesellschaft vor. Beginnend mit der Beschreibung der "tiefen Krise der menschlichen Identität", die sich als eine "tiefe moralische Krise der Gesellschaft auswirkt, weil der Mensch der Konsum-Werteskala verfiel", setzt er die Idee der "unpolitischen Politik" neu ein: Sie könnte dabei behilflich sein, daß der Mensch in der übertechnisierten Zivilisation, die ihn durch ihre Industrie- und konsumorientierte Art manipuliert, zu sich findet. Vgl. Emanuel Mandler, *Intelektuálové na cestě k nepolitické politice*. Dva fragmenty, S. 65-92, in: *Soudobé dijiny II*, 1, 1995, S. 84-91.

<sup>49</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová/A. Kroupa, a.a.O., S. 12-13.

mit einem demokratischen System und seinen Regeln.<sup>50</sup> Auch die Arbeitsmethoden, welche sie sich als "Gegenelite" der Dissidenten angeeignet und derer sie sich bedient hatte, waren in der praktischer Politik nicht funktional. Sie brachte allerdings humanitäre, soziale, christliche, demokratische und kulturelle Werte in die Politik ein.

Für den sichtbaren Widerspruch zwischen Kompetenzen und Wirken der Politiker können zweierlei Erklärungen angeführt werden: Einerseits erwuchs er aus der bewegten Zeit, die sie unvorbereitet und auf eine ungewöhnliche Art in ihre politischen Ämter gehoben hatte; andererseits muß an die Tatsache erinnert werden, daß die politischen Institutionen zumindest bis zu den ersten freien Wahlen 1990 unterschiedlich legitimiert waren. Während der neue Präsident Havel die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen verkörperte, war die erste Regierung unter dem Kommunisten M. Štáňa (von 1988 bis 1989 Minister der ČSSR) eine Mischung aus alten und neuen Kräften und das Parlament in seiner Zusammensetzung noch mit dem alten Regime verbunden. In seiner Konsequenz führte dieser Widerspruch jedoch in der nachrevolutionären Entwicklung zu einer starken Personifizierung der Politik zum Nachteil der Institutionen.

Mit der Schaffung der demokratischen Grundlagen des Staates, der Erneuerung der Staatsorgane und der notwendigen Legislativarbeit zur Herausbildung der allgemeinen Voraussetzungen für die Demokratisierung des politischen Lebens begann sich die Gegenelite aus Dissidenten zu einer politischen Elite zu transformieren.

#### *4.3 Die "altneue" politische Elite in der Slowakei*

Die slowakische Elite nach 1989 entstand aus verschiedenen Strömungen der slowakischen Gesellschaft. Liberale Intellektuelle, die gegen das kommunistische Regime eher auf der Reflexions- als Aktionsebene opponierten, waren auf die praktische Machtübernahme ebenso wenig vorbereitet wie die tschechischen. Viele, die für diese Positionen durch ihre Aktivitäten in der revolutionären VPN-Bewegung legitimiert waren, besaßen keinen Willen zur Macht und nahmen deshalb keine Regierungs- oder Parlamentsposten an oder zögerten sehr lange. Davon zeugt die Zusammensetzung der "Regierung der nationalen Verständigung" von 1989 bis 1990, in der das Verhältnis der Mitglieder der slowakischen kommunistischen Partei zu den Nichtgebundenen von der Öffentlichkeit

---

<sup>50</sup> Hier wirkte sich offensichtlich die in Havels Essay beschriebene Auffassung einer Systemreform aus, die er jedoch 1978 etwas anders verstand. Er schrieb z.B. über die Mechanismen des traditionellen Parlamentarismus, die die aus den Dissidentenkreisen stammende politische Elite nach 1989 einzuführen hatte, daß man "diese wahrscheinlich kaum für einen aussichtsreichen Weg dazu halten kann, daß der Mensch zu sich zurückfindet" (...) "Der traditionelle Parlamentarismus mit seinem üblichen Spektrum großer politischer Parteien" ist nichts anderes als eine "geeignete Übergangslösung", die im Rahmen "einer weitreichenden existentiellen Revolution", die sich zu "einer moralischen und schließlich auch politischen Rekonstruktion der Gesellschaft auswaschen könnte", durch ein "postdemokratisches System abgelöst werden sollte". Die politische Grundlage für den Übergang und für die Konstituierung der neuen Ordnung wäre nach Havel die Bildung von Strukturen, die sich weniger auf die Formalisierung von politischen Beziehungen und Garantien als auf den Bürger beziehen würden. Besser als formal statische Organisationen (d.h. politische Parteien) wären dabei ad hoc entstehende, konkrete Ziele verfolgende Organisationen, die mit dem Erreichen dieser sich wieder auflösen würden. Havel glaubte an das Selbstverwaltungsprinzip, das eine wirkliche, also nichtformale Teilnahme der Bürger an politischen und volkswirtschaftlichen Entscheidungen sichern könnte. Vgl. Václav Havel, *Moc bezmocných*, Praha 1990, S. 59-61.

gegen Gewalt 6 zu 10 stand.<sup>51</sup>

Nach den ersten freien Wahlen 1990 bildete die VPN zusammen mit dem Bürgerforum einen natürlichen Koalitionsblock. Der Block hatte in der Föderalversammlung die absolute Mehrheit. Die slowakische VPN verfügte jedoch alleine nicht über die notwendige Stimmenmehrheit im slowakischen Teil der Nationenkammer. Deshalb mußte der Koalitionsblock noch weitere slowakischen Bündnispartner heranziehen. Die Regierungsmacht teilte sich in der Slowakei eine breite Koalition zwischen dem Sieger - der VPN, die politische Mitte verkörperte -, der schwachen Demokratischen Partei<sup>52</sup> (DS) der rechten Mitte, der unauffälligen "Ungarischen unabhängigen Initiative" und der starken Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH).

Gerade der unbestimmte, breite Bewegungskarakter der VPN ermöglichte, daß neben den liberalen Intellektuellen - Kritikern des kommunistischen Systems - vor allem sehr viele Reformkommunisten von 1968 sowie ehemalige Kommunisten, die in den staatlichen Strukturen des alten Systems arbeiteten, auf entscheidende Positionen gelangten. Allein in der slowakischen und der föderativen Regierung von 1990 waren fünf Reformkommunisten und fünf ehemalige Kommunisten vertreten.<sup>53</sup> Für eine Kandidatur bei der VPN und spätere Teilnahme an der exekutiven und legislativen Macht reichte die Tatsache, während der Normalisierungssäuberungen aus den Reihen der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden zu sein, was meistens mit einer bürgerlichen oder beruflichen Diskriminierung verbunden war, allerdings hier meistens nicht zur Aktivität in der Dissidentenbewegung führte.

Ähnlich heterogen war auch die KDH zusammengesetzt, in der neben einigen katholischen Dissidenten Politiker vertreten waren, deren Hauptqualifikation darin bestand, daß sie niemals in der kommunistischen Partei gewesen waren und sich offen als religiös bekannten.<sup>54</sup> Die damalige KDH war eine konservative Partei, die sich auch durch einen etwas fundamentalistischen Katholizismus auszeichnete, zu deren Sprecher der stellvertretende Regierungsvorsitzende Ján Ľarnogurský wurde. Sie vereinigte jedoch auch nationalistische und antireformistische Kräfte in sich.<sup>55</sup>

Die Reformkommunisten, deren Namen mit der Idee des "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" verknüpft waren, rangierten bei den Wahlen als populärste Personen auf den Kandidatenlisten der VPN ganz oben. Die slowakische Soziologin Szomolányi stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die VPN die ersten Wahlen in der Slowakei nicht wegen ihres überzeugenden liberal-demokratischen Programms gewonnen habe, sondern wegen der populären Persönlichkeiten in ihren Reihen, wie z.B. A. Dubèek, die vertrauenswürdig schienen und an eine Kontinuität der Idee des Reformsozialismus

<sup>51</sup> Vgl. S. Szomolányi, a.a.O., S. 73.

<sup>52</sup> Die Demokratische Partei, die am 10.12.1989 entstand, meldete sich als Erbin der gleichnamigen Partei, die 1944 zur Zeit des slowakischen Nationalaufstands aus bürgerlichen antifaschistischen Widerstandsgruppen mit slowakischen Agrariern an der Spitze gebildet wurde. In den Jahren 1945-1948 wurde sie zur Regierungspartei und mit der Unterstützung von katholischen Wählern gewann sie 1946 die Stimmenmehrheit. Bis zu ihrer Liquidierung 1948 war sie die Sprecherin demokratischer Kräfte im Kampf gegen den kommunistischen Totalitarismus. Vgl. Josef Tomeš, Slovník k politickým dějinám Československa 1918-1992, Praha 1994, S. 41-42.

<sup>53</sup> Národná obroda, 28.6.1990, S. 3.

<sup>54</sup> Vgl. S. Szomolányi, a.a.O., S. 73.

<sup>55</sup> Vgl. Fedor Gál, Problém česko-slovenských vztahů po listopadu 1989 cez prizmu politiky, in: Fedor Gál u.a., Dnešní krize česko-slovenských vztahů, Praha 1992, S. 20-39, hier S. 24-25.

denken ließen. Deshalb bedeutete das Ergebnis der folgenden Wahlen 1992 in der Slowakei doch keinen so krassen Umbruch in der politischen Orientierung der Bevölkerung, wie es zuerst den Anschein hatte. Die Wähler gaben ihre Stimmen eigentlich denselben Politikern, die nun allerdings aus der VPN in die Reihen der "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) übergegangen waren.<sup>56</sup>

Diese Generation der Reformkommunisten, vor allem die Ökonomen unter ihnen, war von der Idee der Reformierbarkeit der sozialistischen Wirtschaft und dem Glauben an einen "dritten Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus geprägt. Ohne Kenntnisse der modernen Volkswirtschaft konnten sie die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus und der radikalen Wirtschaftsreform nicht unterstützen, im Gegenteil, sie haben diese in den Augen der Laienöffentlichkeit diskreditiert. Seit an Seite mit den Nationalisten und der sozial eingestellten Opposition kritisierten sie die wirtschaftliche Transformation und weckten in der Öffentlichkeit eine Illusion über Möglichkeiten irgendwelcher spezifisch slowakischer, schmerzloser Lösungen beim Übergang zur Marktwirtschaft.<sup>57</sup> Die starke Vertretung der slowakischen Reformkommunisten und einiger ehemaliger Kommunisten in der slowakischen Führungsschicht nach 1989 war ein entscheidender Faktor, mit dem eine unterschiedliche Reformentwicklung in den beiden Republiken der früheren Tschechoslowakei begann.

An dieser Stelle wäre es wichtig zu erwähnen, daß die slowakischen Reformkommunisten von den tschechischen deutlich differierten. Sie sind in der Normalisierungsperiode nicht durch die "Schule der Dissidentenaktivitäten" gegangen und gereift, sondern haben diesen Zeitraum in Passivität verbracht, bis auf ein paar Dissidenten, die jedoch eine Ausnahme bilden. Aufgrund der "milderen" Normalisierung nach der sowjetischen Invasion war die slowakische Gesellschaft weniger polarisiert zwischen Normalisatoren und Betroffenen als die tschechische. So wie die Trennungslinie zwischen Anhängern und Gegnern des kommunistischen Regimes hier weniger ausgeprägt war, so war auch der Dissens insgesamt schwächer.

Die Generation der slowakischen Reformkommunisten hält jedoch auch der Kampf um nationale Identität und nationale Interessen im Namen des slowakischen Volkes zusammen. So wie sie während des "Prager Frühlings" nationale Interessen im Hinblick auf die Schaffung der Föderation an erste Stelle ihrer Bemühungen setzten, vor der schnellen Demokratisierung im politischen Leben, so stand auch nun eine "neue Lösung der slowakischen Frage" bald im Mittelpunkt. Während für die Mehrheit der Tschechen die kommunistische Erfahrung, besonders aber die Jahre der Normalisierung, einen drastischen Verfall der einst hochentwickelten Tschechoslowakei in Richtung Dritte Welt bedeutete, war diese Zeit, trotz aller Probleme, für die slowakische Gesellschaft dank der Industrialisierung ein Aufstieg. Die einzige Ausnahme hierbei bildete die nicht verwirklichte nationale Dimension.

---

<sup>56</sup> Ebenda, S. 74.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 75.

## 5. Die tschechisch-slowakische Krise

### 5.1 Historische Quelle des tschechisch-slowakischen Konflikts

Da eine der Ursachen der nationalen Mißverständnisse und Zwistigkeiten der tschechischen und slowakischen Eliten nach 1989 in dem Asynchronismus der tschechischen und slowakischen Entwicklung und in den grundlegenden Eigenschaften des tschecho-slowakischen Staates selbst begründet ist, kann nicht auf eine kurze historische Darstellung verzichtet werden.

Die Tschechoslowakei (28.10.1918-31.12.1992) ist aus den Trümmern der österreichisch-ungarischen Monarchie geboren. Jedoch nicht, wie in den Geschichts- und Lehrbüchern behauptet wurde, weil "die Vereinigung der Tschechen und Slowaken ein Produkt einer langen Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern und das Resultat eines tiefen Wunsches der Vereinigung" war, obwohl die ethnische und geographische Nähe und Ähnlichkeit beider Sprachen auch eine Rolle spielten, sondern aus der damals sehr unsicheren und schwierigen geopolitischen Lage. Diese beiden kleinen Nationen hatten - nicht unberechtigt - immer das Gefühl, sich gegen die Bedrohung der benachbarten Nationen wehren zu müssen, von deren Übermacht sie als Nation und in ihrer Kultur hätten zerstört werden können. Auf der einen Seite fühlten sich die Tschechen durch das sehr mächtige deutsche Element bedroht, welches den gesamten Raum zu besetzen drohte. Auf der anderen sahen sich die Slowaken in einer noch dramatischeren Lage, da sie vom Modernisierungsprozeß ausgeschlossen und nach der Entstehung der dualistischen österreichisch-ungarischen Monarchie (1867) durch eine unerbittliche Magyarisierung ihrer Intelligenzschicht beraubt waren und eigentlich um nationales Überleben kämpften.<sup>58</sup>

Die Tschechoslowakei entstand als Staat, in dem Tschechen und Slowaken neben anderen zahlreichen Minderheiten koexistierten. Es waren jedoch zwei unterschiedliche Populationen mit zwei ungleichen historischen Entwicklungsmöglichkeiten, die vorher unter unterschiedlichen staatsrechtlichen Bedingungen lebten. Ihre Wirtschaften stammten aus unterschiedlichen historischen Epochen, ihre Kulturen hatten unterschiedliche, in mancher Hinsicht sogar gegensätzliche Merkmale. Das demographische Gewicht und die Entwicklung wiesen keine Ähnlichkeit gesellschaftlicher und ökonomischen Strukturen auf. Im Laufe ihrer tausendjährigen Geschichte haben die Tschechen und Slowaken bis zur Gründung der Tschechoslowakei niemals in einem gemeinsamen Staat gelebt. Der Dualismus, aus dem der tschechoslowakische Staat entstanden ist, führte zu den späteren Konflikten zwischen den Tschechen und Slowaken.<sup>59</sup>

Das tschechische Übergewicht, zahlenmäßig und ökonomisch, und lange Zeit auch kulturell-zivilisatorisch, verursachte bei den Slowaken einen gewissen Assimilationsdruck. Nach der

---

<sup>58</sup> Näheres zur systematischen und tiefgreifenden Analyse der tschechisch-slowakischen Beziehungen in: Frédéric Wehrlé, *Le divorce Tschéco-slovaque. Vie et mort de la Tchécoslovaquie, 1918-1992*, Paris 1994; auf deutsch z.B. in: Ján Mlynárik, *Geschichte der tschechisch-slowakischen Beziehungen*, in: (Hrsg.) R. Kipke/K. Vodička, *Abschied von der Tschechoslowakei. Ursachen und Folgen der tschechisch-slowakischen Trennung*, Köln 1993, S. 16-38. Hier wird nach einer Zusammenfassung von Wehrlés Werk bei Zdeník Strmiska zitiert, die er in Einleitung seines Artikels gibt: *Quelques remarques sur "Le divorce tchéco-slovaque"*, in: *Revue d'études comparatives Est-Ouest*, 2, 1995, S. 183-194, hier S. 185.

<sup>59</sup> Ebenda.

politischen Fiktion des "Tschechoslowakismus" als einer Nation zweier "Zweige der tschechischen und slowakischen Sprache" aus der Zeit der Ersten Republik verlief die weitere Entwicklung von einem Verschmelzungsversuch zu einem friedlichen Zusammenleben zweier Völker. Nationale Differenzen zwischen den Tschechen und Slowaken gab es allerdings schon seit der Gründung des gemeinsamen Staates. Der Zankapfel, um den die Zwistigkeiten zwischen Tschechen und Slowaken, vor allem die Konflikte zwischen ihren Eliten, entbrannten, betraf die Rechtsform der Institutionen, die ihr Zusammenleben verwalten sollten. Die tschechoslowakische Idee des Denkers, Soziologen und Staatsbegründers T.G. Masaryk hatte sich aus einem Bündnis zu einem System von äußerst ungleichen Beziehungen gewandelt, unterstützt von einem zentralistischen Staat. Der größte Teil der Macht war in den Händen der Tschechen konzentriert, während sogar die Idee einer slowakischen Nation in dem Begriff "tschechoslowakische Nation" verschwand.

Das Zusammenleben mit den weit überlegenen Tschechen wurde den Slowaken nicht leicht gemacht. Es rief bei ihnen ein Minderwertigkeitsgefühl und eine Ambivalenz gegenüber den Tschechen hervor. In dieser Zeit entstand das slowakische Stereotyp der tschechischen Expansion, der Überheblichkeit und der Unglaubwürdigkeit.<sup>60</sup>

In der Nachkriegszeit, in der wiedervereinigten Tschechoslowakei<sup>61</sup>, gaben in den relativ freien Wahlen von 1946 80% der tschechischen Wähler ihre Stimme den Parteien mit einem sozialistischen Programm. Die kommunistische Partei ging mit 38% der Wählerstimmen als Wahlsiegerin hervor. In der Slowakei erzielte dagegen die "Demokratische Partei", eine Partei mit gemäßigten nationalliberalen Programm, 62% der Stimmen. Seit dieser Zeit herrschte in der Slowakei die Überzeugung, daß der Kommunismus von den Tschechen importiert wurde. Die Enteignung, Prozesse mit politischen Feinden, d.h. slowakischen Patrioten, Nationalisten oder "Bourgeoisien" sowie der politische und wirtschaftliche Zentralismus wurden dort als tschechisch perzipiert.<sup>62</sup>

Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 wurden die seit der Gründung des gemeinsamen Staates bestehenden politischen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem tschechischen und slowakischen Landesteil nicht völlig überwunden. Unter der zentralistisch und direktiv aus Prag ausgeübten kommunistischen Einparteiherrschaft konnten keine

---

<sup>60</sup> Vgl. Petr Pøihoda, Tschechen und Slowaken: Sozialpsychologische Aspekte ihres Zusammenlebens, in: R. Kipke/K. Vodička (Hrsg.), Abschied von der Tschechoslowakei. Ursachen und Folgen der tschechisch-slowakischen Trennung, Köln 1993, S. 32-38, hier S. 35.

<sup>61</sup> Aus der slowakischen Enttäuschung über die Verhältnisse im gemeinsamen Staat erwuchs die slowakische Emanzipationsbewegung, deren Bedeutung in den 20er und 30er Jahren wuchs. Diese Bewegung hatte autonomistische Ziele. Nach der Annexion und Besetzung von Böhmen und Mähren durch Hitler in März 1939 zerfiel der Staat. Die Slowakei durfte von Hitlers Gnaden eine autonome Regierung bilden, die diese Möglichkeit nutzte und die autonomistischen Bestrebungen mit einer separatistischen Lösung vertauschte. Am 14. März 1939 erklärte sich die Slowakei für unabhängig. Die tschechische Bevölkerung hatte diesen Schritt stets als einen Verrat in der schwersten Stunde ihres Daseins verstanden. Der selbständige slowakische Staat währte nur sechs Jahre bis Ende des 2. Weltkriegs (1939-45). Er realisierte zwar die Sehnsüchte nach Eigenstaatlichkeit und Eigenständigkeit des slowakischen Volkes, aber mit dem Beigeschmack und Trauma einer klerikal-faschistischen Diktatur, weil die Republik nur ein Vasall der Dritten Reiches war. Nach dem zerschlagenen Nationalaufstand der Slowaken 1944, bei dem auch viele Tschechen mitgekämpft hatten, betrieben die Antifaschisten und die Politiker im Exil die Wiederherstellung der Tschechoslowakei, was im Mai 1945 geschah. Die Verfolgung der Exponenten des slowakischen Staates wurde von Prag geleitet. Die Hinrichtung des ehemaligen slowakischen Präsidenten Josef Tiso im Jahre 1947 wurde in der Slowakei jedoch als ein Werk der tschechischen Vergeltung empfunden.

<sup>62</sup> Vgl. P. Pøihoda, a.a.O., S. 36.

institutionellen Bedingungen für eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Tschechen und Slowaken entstehen. Auch die 1968 verabschiedete föderative Verfassung des Staates, die einzige Errungenschaft des Prager Frühlings, stand nur auf dem Papier. Der "demokratische Zentralismus" als Strukturelement des kommunistischen Herrschaftssystems schloß die vertikale Gewaltentrennung, die eigentlich für den Föderalismus unabdingbar ist, aus. So blieb die Tschechoslowakei - ihrer föderativen Verfassung zum Trotz - ein unitärer Staat.<sup>63</sup>

Die Tatsache, daß in der nachfolgenden Zeit der Normalisierung die Tschechoslowakei zwanzig Jahre lang von zwei Slowaken (G. Husák - Generalsekretär der KPĚ und seit 1975 auch Präsident sowie Vasil Bil'ak - Parteisekretär für Ideologie und Außenbeziehungen) regiert wurde, scheint an dem Gefühl der Slowaken, von den Tschechen gelenkt zu werden, wenig geändert zu haben; genauso wenig wie der enorme finanzielle Transfer in die slowakische Teilrepublik, der dazu führte, daß nicht nur der ursprüngliche Vorsprung der Tschechen ganz überwunden wurde und sie sich auch kulturell sehr annäherten, sondern auch dazu, daß es den Slowaken trotz der Wirtschaftskrise so gut ging wie nie zuvor.<sup>64</sup> In dieser Zeit beendete die Slowakei den Modernisierungs- bzw. Industrialisierungsprozeß, im Zuge dessen sich auch der Lebensstandard der Bevölkerung spürbar erhöhte. Das in den böhmischen Ländern häufig anzutreffende Gefühl, daß die kommunistische Zeit verlorene Jahrzehnte seien, die aus der einst hochindustrialisierten Tschechoslowakei ein Entwicklungsland gemacht hätten, ist in der Slowakei deshalb nicht so ausgeprägt. Infolgedessen gilt gegenwärtig der Kommunismus in der Slowakei nicht in dem Maße diskreditiert wie in Tschechien.

Die Auseinandersetzungen um die Formen des Zusammenlebens zwischen Tschechen und Slowaken setzten sich in ungleichmäßigen Wellen seit dem Bestehen des gemeinsamen Staates fort, zuletzt beim Prager Frühling, als die slowakischen Reformkommunisten mit Gustav Husák an der Spitze nach der Okkupation die Föderation durchsetzten. Davon, daß die Bedürfnisse beider Völker sich nicht ganz angeglichen hatten und daß Konflikte vorhanden waren, obwohl sie in der vierzigjährigen Diktatur nur unterschwellig (wie alle anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen) fortlebten, zeugten die Aspirationen in der Freiheitsatmosphäre des "Prager Frühlings". Die Tschechen sehnten sich nach einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens, während die Slowaken erst Föderalisierung, dann Demokratisierung wollten. Nach der Okkupation nutzte Moskau dies aus. Man setzte auf Husák, der das Werk der Prager Reformer mit der Erklärung diskreditierte, daß sie die slowakischen Interessen nicht berücksichtigt hätten. Trotz dieser Erfahrung, die jedoch im Normalisierungstrauma unterging, um wieder im "Kühlschrank des Kommunismus", wie J. Rupnik zutreffend den Zustand der Nationalitätenproblematik in Osteuropa bezeichnete, eingefroren zu werden, kam es zu keiner psychologischen Auseinandersetzung. Der Konflikt zwischen den politischen Eliten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus brach deshalb für alle unerwartet und überraschend aus.

Die tschechische und slowakische Bevölkerung lebte ohne gegenseitigen Haß oder einen blutigen Zwischenfall, der auf einen anwachsenden Nationalismus oder sogar Sezessionsgelüste der Slowaken hingedeutet hätte. Die Forderung nach eigener Staatlichkeit wurde nie aufgestellt. Trotzdem lebten die Stereotypen über die Minderwertigkeitsgefühle gegenüber dem "älteren, erwachseneren tschechischen Bruder" fort, und einige Slowaken müssen sich ihrer nationalen Identität beraubt

---

<sup>63</sup> Nationale Zwistigkeiten in der ÈSFR - ihre Wurzeln und Auswüchse, Osteuropa 8, 1991, S. 469-479, hier S. 469.

<sup>64</sup> Ebenda.

gefühlt haben, weil sie darunter litten, ein Volk ohne autonome Geschichte zu sein. Andere fühlten sich 65 Jahre lang von den Tschechen eher unterschätzt bzw. bevormundet. In Augenblicken äußerer Bedrohung, wie z.B. als die Tschechoslowakei 1968 überfallen wurde, oder im Verlauf der samtenen Revolution, zeigte sich allerdings, daß eine starke tschecho-slowakische Gemeinschaft besteht.<sup>65</sup> Das diktatorische System trägt die Schuld dafür, daß sich dieses Gefühl nicht durchsetzen konnte. Es war nicht daran interessiert, daß sich unter der Bevölkerung eine stärkere Zusammengehörigkeit entwickelte, die natürlicherweise durch Arbeits-, Freundschafts- und Verwandschaftsbeziehungen existierte.<sup>66</sup> Angefangen mit der Ideologisierung der Schule, Kultur und Massenmedien wurde im Alltagsleben eine unterschwellige Politik betrieben, die die Voreingenommenheit der einen gegen die anderen regelrecht pflegte. Die kommunistischen Machttträger hatten eben Angst, daß sich eine starke tschechisch-slowakische Verbundenheit gegen sie richten könnte, was im November 1989 auch tatsächlich passierte.

Daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität auch im Verlauf der Umgestaltung sich nicht halten konnte, hat mehrere, sich gegenseitig bedingende Ursachen, was die tschechisch-slowakische Problematik so kompliziert macht. Es fällt sehr schwer, das Verschulden für die Zerschlagung der Tschechoslowakei auf der einen oder anderen Seite zu suchen, um eine eindeutige, jedoch objektive Aussage machen zu können. Kontrovers sind nämlich nicht nur die Aussagen der tschechischen und slowakischen Protagonisten der nachrevolutionären Periode dazu, sondern auch die Meinungen unter den einzelnen Politikern und Bürgern je nach politischer Zugehörigkeit, Stereotypen und dem subjektiven Bild, das sie sich über diese Zeit meistens aus den Massenmedien gemacht haben. Landesweit wurden doch von fast einem Drittel der Bevölkerung die führenden politischen Kräfte beider Republiken für den Teilungsprozeß verantwortlich gemacht.

## *5.2 Die gegenwärtigen Ursachen der tschechisch-slowakischen Krise*

Die gegenwärtigen Faktoren, die die Kontroverse zwischen der tschechischen und slowakischen Elite verstärkt ans Tageslicht gebracht haben, können vereinfachend in folgende Problembereiche eingeteilt werden:

- a) Nach der Auflösung des starren kommunistischen Systems wurden die tschechischen und slowakischen politischen Eliten plötzlich vor die Bewältigung von gleich drei gewaltigen Transformationsprozessen gestellt:
  1. Schaffung eines neuen politischen Systems und neuer politischen Institutionen,
  2. Herausbildung einer Marktwirtschaft mit neuen ökonomischen Instrumenten, und
  3. schließlich Schaffung einer neuen sozialpolitischen und kulturellen Identität, in diesem Falle auch einer ethnischen Identität.

<sup>65</sup> Vgl. E. Schneider, a.a.O.

<sup>66</sup> Wie stark die soziale Verflechtung zwischen den Tschechen und Slowaken war, beweisen u.a. auch folgende Daten. Ein Viertel der Tschechen hat slowakische Verwandte, die Hälfte Freunde in der Slowakei, ein Drittel verkehrte beruflich mit slowakischen Kollegen. Auf der slowakischen Seite waren diese Beziehungen noch stärker: 31% der Slowaken hatte tschechische Verwandte, 57% Freunde dort, 30% tschechische Kollegen. Vgl. Marian Timoráky, Verejná mienka o česko-slovenských vzťahoch, in: F. Gál u.a., a.a.O., S. 68-90, hier S. 83.



Die Gleichzeitigkeit der gigantischen Aufgaben und das Tempo führten dazu, daß die Politiker die Kontrolle über die Folgerichtigkeit der Veränderungen und Forderungen verloren.<sup>67</sup>

- b) Die neue politische Führung war unerfahren und auf die spezifische tschecho-slowakische Problematik nicht vorbereitet. Vor allem die tschechischen Politiker hatten keine Empathie für die slowakischen nationalen Belange, und im Laufe der sich anbahnenden Krise verstanden nur sehr wenige von ihnen überhaupt, wie ernst es die slowakischen Repräsentanten meinten. Die neue Elite machte einige politische Fehler, die auch als Fehler der "unpolitischen Politik" bezeichnet werden können.<sup>68</sup>
- c) Einen weiteren Faktor, der zu der Beziehungskrise führte, stellt der Machtkampf dar, den die slowakische Elite einerseits unter sich und andererseits gegen die tschechischen Vertreter der radikalen Reform als Stimmungsmache führte, um Wählerstimmen einzufangen.

Im Rahmen der Transformationsprozesse begannen mehr oder weniger alle slowakischen Politiker den aufgezwungenen Prager Zentralismus aufzulösen und nach einer neuen Form der staatlichen Organisation zu suchen. Die Nationalisten unter ihnen begriffen die Befreiung von der kommunistischen Diktatur jedoch als Chance zu einer völkerrechtlichen Festlegung der Unabhängigkeit. In ihrem Namen führten sie ganze zwei Jahre einen verbalen Kampf zuerst gegen Prag als politisches Zentrum der Wirtschaftsreform, dann gegen alles Tschechische und alle Tschechen. Slowakische Medien räumten dieser Strömung viel mehr Platz ein als ihr Zustand. Dadurch konnten sie einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die politisch desorientierte, mit dem plötzlichen, schieren Informationsfluß unerfahrene und unkritische Bevölkerung ausüben, so daß die slowakische Bevölkerung nach einer neuen Identität zu suchen begann.

Obwohl sich alle wichtigen politischen Strömungen der Slowakei für nationale Belange einsetzten, blieb die Anzahl der Slowaken, die die staatliche Trennung unterstützten, relativ niedrig. Meinungsumfragen nach wünschten sich im Jahre 1991 in der Slowakei 13-17% die Trennung, in der Tschechischen Republik waren es nur 4%.<sup>69</sup> Die einzige politische Partei, die sich von Anfang an eindeutig für eine selbständige Slowakei aussprach, war die Slowakische Nationalpartei, die 1990 14% der Wählerstimmen für den Slowakischen Nationalrat und 11% für die Föderalversammlung erhielt.<sup>70</sup> Zu keinem Zeitpunkt der sich zwischen den Repräsentanten beider Teilrepubliken schnell anbahnenden Krise gab es eine Bürgerbewegung der Tschechen oder der Slowaken, um den gemeinsamen Staat aufzulösen. Im Gegenteil, im Lauf des Jahres 1991 wurde der Ruf nach einem Referendum unter den Bürgern laut, und gleichzeitig starteten sie auch eine Unterschriftenaktion "Für den gemeinsamen Staat". 80% der Bevölkerung der Tschechoslowakei war für die Erhaltung der Republik.

### *Der Verlauf der tschechisch-slowakischen Kontroversen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*

<sup>67</sup> Vgl. Die slowakische Frage. Martin Bútora und Peter Zajac im Gespräch mit A. Wagnerová, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, 1993, S. 77-86, hier S. 85.

<sup>68</sup> Hierauf wird später im zweiten Teil des Berichts eingegangen.

<sup>69</sup> Vgl. Pavel Smutný, Die Tschechoslowakei - eine Rückkehr zu sich selbst, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 1, 1992, S. 24-35, hier S. 34.

<sup>70</sup> Vgl. O. Krejčí, a.a.O., S. 253-154.

Zum Startsignal der Kontroversen zwischen den politischen Repräsentanten der Tschechen und Slowaken wurde die Parlamentsdiskussion über die neue Bezeichnung der Republik im Januar 1990. Präsident Havel initiierte sie mit der naiven Vorstellung, daß man aus dem Namen nur das Attribut "sozialistisch" wegzulassen brauche, um zu wichtigeren Problemen überzugehen. Diese scheinbare Trivialität rief zunächst in der Slowakei und später in der ganzen Tschechoslowakei eine nicht enden wollende, mit Emotionen beladene Diskussion nicht nur über den Namen der Republik, sondern auch über den Inhalt des Begriffs "Föderation" und somit gleichzeitig über die Gegenwart und Zukunft des gemeinsamen Staates hervor.<sup>71</sup> Dem "Bindestrichstreit"<sup>72</sup> folgte in der Slowakei eine Reihe emotional sehr beladener Demonstrationen<sup>73</sup>, über die einige slowakische Autoren sagen, daß sie den "Zug mit dem Namen Nationalismus in Bewegung setzten, der bis dahin auf einem Nebengleis gestanden hatte und dort auch weiterhin hätte bleiben können".<sup>74</sup>

Souveränität, gemeinsamer Staat, nationale Gleichberechtigung, Föderation bzw. Konföderation sind einige der Begriffe, die in dem Streit um die Staatsform der Tschechen und Slowaken für viel Verwirrung sorgten. Es ist jedoch unzutreffend, wenn deren Protagonisten sofort als "Nationalisten" abgestempelt werden. Mit einem "Wiedererwachen des Nationalismus" allein hatten diese Auseinandersetzungen zunächst nichts zu tun. Es handelte sich vordergründig um das Beseitigen von allgemein anerkannten Mißständen in der gemeinsamen Geschichte der beiden Völker und um die Suche nach einer neuen Form der staatlichen Organisation. Es ging, wie es der tschechische Ministerpräsident Petr Pithart im November 1991 formulierte, um den bisher nirgends in Europa wirklich erfolgreich durchgeführten Versuch, ein Modell für das Zusammenleben zweier gleichberechtigter Völker in einem gemeinsamen Staat zu finden.<sup>75</sup>

Um einen Neuanfang zu machen und gleichzeitig die tschechisch-slowakischen Beziehungen zu verbessern, sprach Havel von einer "authentischen Föderation", die von beiden Völkern, sozusagen "von unten", gebildet werden sollte. Der tschechoslowakische Präsident hat sich überhaupt sehr um die Föderation und ihren Erhalt bemüht. Danach erhob sich eine Serie politischer Diskussionen über

---

<sup>71</sup> Silvia Miháliková, *Bolestný zrod demokratickej politickej kultúry na Slovensku*, [interne Studie, 34 S.], Institut für Politologie der Comenius Universität, Bratislava 1995.

<sup>72</sup> Für die slowakischen Politiker und einen großen Teil der Bürger war die Bezeichnung "Tschechoslowakei" nicht akzeptabel, weil sie zu sehr an die Konzeption des "Tschechoslowakismus" mit der paternalistischen Beziehung zwischen den Tschechen und Slowaken in der Ersten Republik erinnerte. In den parlamentarischen und öffentlichen Diskussionen bekamen Emotionen die Oberhand, rationale Argumente dienten nur zu deren Durchsetzung. Die Kontroverse endete im sog. "Bindestrichstreit", nach dem die Föderalversammlung eine zweisprachige Bezeichnung verabschiedete - auf tschechisch "Tschechoslowakische Föderative Republik" und auf slowakisch "Tschecho-Slowakische Föderative Republik", was beide Völker als Beleidigung empfanden. Die Slowaken wollten ihre Existenz als eigenständiges Volk sowie ihre Stellung im internationalen Bewußtsein stärker zur Geltung bringen. Schließlich wurde auf Havels Drängen der Name "Tschechische und Slowakische Föderative Republik" (ĽSFR) akzeptiert.

<sup>73</sup> Zu den Manifestationen hatten die Nationalisten aufgerufen, meist im Zusammenhang mit einem Jubiläumstag, an dem sie z.B. versuchten, eine Gedenktafel zu Ehren des Präsidenten des faschistischen Slowakischen Staates - Josef Tiso - anzubringen, oder zum Gedenken an Andrej Hlinka, der Symbolfigur der nationalistischen und separatistischen Bestrebungen der Slowaken zur Zeit der Ersten Republik.

<sup>74</sup> Vgl. F. Gál u.a., a.a.O., S. 47.

<sup>75</sup> Vgl. Eva Schmidt-Hartmann, *Tschechoslowakei: zwei Völker auf der Suche nach dem gemeinsamen Staat*, S. 77-95, in: Mommsen, Margareta (Hrsg.), *Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie*, München 1992, hier S. 77-78.

die Verfassungen der Republiken und der Föderation. Im Laufe dieser Diskussion machte Ján Ľarnogurský von der Christlich-Demokratischen Bewegung in der Slowakei den Vorschlag, daß zwischen den beiden Republiken ein Staatsvertrag geschlossen werden sollte, in dem die Republiken gewisse Befugnisse an die föderalen Organe abtreten würden. Dieser Vorschlag wurde jedoch von einem Teil der tschechischen Vertreter als ein Versuch zur Zerschlagung des gemeinsamen Staates aufgefaßt, weil er die Möglichkeit enthielt, die Föderation jederzeit zu kündigen.<sup>76</sup>

Nach langen Verhandlungen um die Neuordnung der Kompetenzen, die in einem Zusatzartikel zur Verfassung von 1968 bis zu einer späteren neuen Verfassung provisorisch geregelt werden sollten, konnte man sich schließlich im Dezember 1990 auf eine Lösung einigen. Bereits im Juni 1990 wurden einige föderale Ministerien abgeschafft, bedeutsame Kompetenzen an die Republikregierungen delegiert, insbesondere im exekutiven Bereich, aber auch z.B. eigene Steuer- und Budgethoheit zugelassen. Damit bei der Parlamentsdebatte an der Vorlage keine größeren Abstriche gemacht würden, drohten die slowakischen Führer damit, daß slowakische Gesetze Vorrang vor den föderalen erhalten sollten, was im Endeffekt eine Verfassungskrise bedeutet hätte. Nach dramatischen Appellen, unter anderem wieder von Präsident Havel, passierte die Vorlage mit nur wenigen Änderungen. Damit schien ein größerer Konflikt für die Zukunft gebannt zu sein.<sup>77</sup> Nach der Verabschiedung des neuen Kompetenzgesetzes verlief die ökonomische Transformation und die Entwicklung der politischen Systeme in beiden Republiken jedoch nicht mehr parallel.

Als dann das Szenario der radikalen wirtschaftlichen Umgestaltung tatsächlich in Kraft trat und die Slowakei schwerer als die böhmischen Länder betroffen wurde<sup>78</sup>, erhob sich dort eine national orientierte Bewegung mit einem ausgeprägten sozialen Akzent. Die wirtschaftliche Umgestaltung wurde als ein Argument Prags zur Ausbeutung und Ruinierung der Slowakei<sup>79</sup>, zur Unterdrückung der slowakischen Interessen interpretiert. Die Forderung, die Kompetenzen der einzelnen Republiken gegenüber der Föderation zu stärken, konnte sich so auf eine überzeugende Argumentation stützen. Soziale und nationale Demagogie vermischten sich.

Das, was die Repräsentanten der VPN in den Regierungen und in den Parlamenten von 1990-1992 durchsetzen konnten, erschien der immer stärker werdenden nationalen Front als zu wenig. Nachdem einige bedeutende Vertreter der slowakischen Elite (die nach dem Zerfall der VPN in der HZDS, aber auch bei den Christdemokraten und natürlich bei den Nationalisten zu finden waren) sahen, mit welchen Argumenten und wie leicht sich mit kräftiger Unterstützung der Massenmedien nationale Stimmungen aufheizen ließen, bedienten sie sich im Verlauf des Jahres 1992, in dem schon der

<sup>76</sup> Fedor Gál, Zerfall der Tschechoslowakei unter innenpolitischen Aspekten, in: R. Kipke/K. Vodička (Hrsg.), Abschied von der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 140-152, hier S. 141.

<sup>77</sup> J. Juchler, a.a.O., S. 333.

<sup>78</sup> Ein verlässlicher Indikator dafür, daß die Slowakei durch die radikale Wirtschaftsreform, die forsche Politik der Preisfreigabe und der Privatisierung, aber auch durch den Einbruch des Comecon-Handels besonders hart getroffen wurde, ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Im Dezember 1992 wurde in der ER eine Arbeitslosenquote von nur 2,57%, in der SR jedoch von bereits 10,38% gemeldet.

<sup>79</sup> Die Zeitungen waren voll mit Diskussionen darüber, wer wem nachzahlen muß, ob die Tschechen den Slowaken oder umgekehrt. In der Slowakei tauchten völlig überzogene Vorstellungen z.B. von der Stärke der Währung des slowakischen Staates und davon auf, welchen Profit die Slowakei daraus ziehen könnte, daß die Gasleitung aus Rußland über ihr Gebiet geht. Es waren Visionen und regelrechte Mythen, die verbreitet wurden. Leider Gottes wurden sie von den Slowaken sehr ernstgenommen. Es entstand der Eindruck, daß eigentlich die Slowakei bei den Tschechen draufzahlt. Vgl. Die slowakische Frage, a.a.O., S. 83-84.

Wahlkampf geführt wurde, wieder dieser Rhetorik.

Somit wurden die staatsrechtliche Ordnung der Tschechoslowakei und die wirtschaftliche Umgestaltung zu Themen des immer stärker werdenden politischen Wettbewerbs und Machtstreben der politischen Eliten instrumentalisiert.

**Eleonora Schneider**

**Political Elites in Ex-Czechoslovakia (Part 1)**

Bericht des BIOst Nr. 60/1995

**Summary**

**Introductory Remarks**

*The present two-part report is a study on the political elites in Czechoslovakia which deals especially with the communist nomenklatura elite and the emergence of the new Czech and Slovak elites following the collapse of communism in 1989. The characteristics and the recruitment of the new leadership elite, the historical and the new factors that have been shaping it are all closely linked with the ongoing transformation processes. The political elite has determined not only the sequence and pace of the transition but also its direction and has thus significantly influenced the entire reconstruction of the political, economic and social system in Czechoslovakia. Currently it is shaping the further evolution of that system in the Czech and the Slovak Republics. In this context, the report also gives a certain chronological overview of the sequence of the political transformation.*

*Since the disintegration of the Czechoslovak state is seen by the author as a consequence - albeit not an inevitable one - of the forceful and radical restructuring of the political and economic system and, indeed, of society as a whole, a process to which both political elites contributed to a greater or lesser extent, the present study explicitly examines Czech-Slovak relations and the origins of the crisis.*

*The author draws upon numerous Czech and Slovak sources for her analysis.*

**Findings**

- 1. The decimation of the first Czechoslovak republic's democratic elites during the years of National Socialist occupation and after the communist take-over of power in 1948, which was accompanied by waves of emigration, seriously reduced the numbers of leaders within the country. Further persistent instrumentalization of the remaining political elites in the first two decades of communist domination made it an easy matter to establish and preserve a communist dictatorship. Ongoing selection by the dictatorial system in the recruitment of the succeeding elites meant that until 1990 the political elites in Czechoslovakia were able to regenerate themselves only as controlled elites - as servile cultural, intellectual and technocratic elites (in the top ranks of management, the army and the police) and possibly as a quasi-political elite, or as a counter-elite from dissident circles.*
- 2. As of the early 60s, the power-wielding nomenklatura elite no longer based its claim to its*

*privileged leading positions on ideological grounds but on its performance in the economic, social and consumer sectors. It was no longer averse to openly demonstrating its power and privileges. Since the latter-day Czechoslovak communist leadership derived its legitimation from abroad, namely from the Soviet military occupation in August 1968, it found itself at a dead end when Gorbachev came to power in 1985. It refused to follow a similar policy of political and economic reforms to combat the profound economic and environmental crisis, because it feared for its own positions.*

*As of that time, the legitimation base, the prestige enjoyed by certain elements of the socialist system, and acceptance of the leading role of the Communist Party dwindled dramatically, not only among the unaffiliated but also among the rank-and-file party membership.*

- 3. The collapse of the communist system in Czechoslovakia was triggered in November 1989 by the three-week non-violent "Velvet Revolution" of the Czech and Slovak peoples. The new political elite was recruited from the revolutionary mass movements, the Czech "Civic Forum" (OF) and the Slovak "Public Against Violence" (VPN), the organizational core of which was formed by various intellectual dissident groups. For this reason, the new elite is known as the "intellectual dissident elite". The dissident elite ruled from November 1989 until the second free parliamentary elections in June 1992, and instituted an abrupt and rapid reform process. In the transition period up to the first free elections in June 1990, in which the Forum movements formed a coalition that won the absolute majority in the Federal Assembly, political transformation took precedence over the implementation of a policy of economic liberalization.*
- 4. The new leadership was not a homogenous group of dissidents but rather a heterogeneous conglomeration of four groups: 1) the reform communists of the "Prague Spring", most of whom still adhered to socialist ideals; 2) many non-communist dissidents; 3) younger intellectuals from informal cultural and Christian organizations and environmentalist groups; 4) individuals returning from exile to play an active part in the political, social or economic reform process. All of these advocated a middle-of-the-road political line.*
- 5. The intellectual dissident elite was essentially a counter-elite that first had to evolve into a political elite. For this reason it acted, during its time in government, as an elite of "non-political politics". Because they had no experience with political work, the politicians adopted unconventional methods and approaches, which in turn led to a pronounced personification of politics to the detriment of the institutions. However, the intellectuals introduced humanitarian, social, Christian, democratic and cultural values into politics.*
- 6. In Slovakia, the VPN did not command the necessary majority of votes in the Slovak part of the National Council after the first free elections in 1990, so that the OF/VPN coalition had to look around for further Slovak allies: the weak, centre-right "Democratic Party", the inconspicuous "Hungarian Independent Initiative", and the "Christian Democratic Movement" with nationalist and in some respects anti-reformist tendencies. Unlike in the Czech part of the country, the new Slovak elite was not able to recruit itself in its majority from non-communist dissidents - liberal critics of the communist system. The number of dissidents in Slovakia was much lower, which meant that many previously non-active re-*

*form communists but also some former communists were able to gain a place on the VPN's candidate list.*

- 7. The Slovak reform communists of 1968, and especially the economists among them, still adhered to the notion that the socialist economic system was amenable to reform and still believed in a "third way" between socialism and capitalism. They had no idea of modern economics and were thus unable to endorse the principles of economic liberalism and radical economic reform. Together with the Slovak nationalists and the socially-minded Slovak opposition, they criticized the economic transformation at the federal level and kindled public illusions as to the possibility of specifically Slovak, painless approaches to the transition to a market economy.*
- 8. The bone of contention at the centre of the quarrels between the Czechs and the Slovaks, which were first and foremost disputes between their elites, was the legal form of the institutions which were to determine their co-existence within one state. The historical origins of the conflict lie in the significant political, cultural, religious and economic differences between the two peoples and in the nature of the first Czechoslovak republic. Later, under single-party communist rule exercised in a centralist and directive fashion from Prague, there was no chance for institutional conditions to evolve that would have allowed for a partnership on an equal basis between Czechs and Slovaks. The federative constitution adopted in 1968 existed on paper only.*
- 9. Following the collapse of communism, the politically inexperienced Czech and Slovak elites suddenly found themselves facing the challenge of three gigantic transformation processes. In this situation, the leaders lost sight of the logical consistency of the changes and demands. During the transformation, all the Slovak politicians began to devise ways of dismantling the Prague-based centralism that had been imposed upon their nation and to search for new forms of state organization. The nationalists among them, however, saw liberation from the communist dictatorship as an opportunity to have Slovak independence recognized under international law.*
- 10. The ruling elite was not prepared for this specifically Czecho-Slovak aspect of the problems at hand. The precarious economic situation in Slovakia, a number of political blunders, and the power struggle hyped by the Slovak elite both within its own ranks and against the Czech advocates of radical reform aggravated the controversies which eventually triggered the Czech-Slovak crisis.*
- 11. At no time during the rapidly developing crisis between the representatives of the two constituent republics was there any mass movement among the Czech or Slovak populations with the aim of dissolving their common state. On the contrary, public calls for a referendum among the citizens grew louder in the course of 1991, and at the same time signatures were collected "For the common State". 80 % of the population of Czechoslovakia was in favour of retaining its republic.*

